



perspektive

Kreislaufwirtschaft

Magazin der Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin — Ausgabe Herbst 2018 — 2,00 €



**Aktiver Widerstand
gegen die Zerstörung unseres Planeten**



Selbstverständnis

Das Magazin „Perspektive Kreislaufwirtschaft“ ist das Magazin der Umweltgewerkschaft. Es erscheint bisher einmal jährlich.

Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt – das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und nachfolgende Generationen. Um die Erde als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten, muss ihre rücksichtslose Ausplünderung beendet werden. Hauptverantwortlich für die dramatische Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist die vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Produktion.

Unsere Alternative ist eine weltweite Kreislaufwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien sowie eines verantwortungsvollen Konsums. Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur und die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -initiativen sowie mit den bestehenden Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Wir unterstützen die Proteste für soziale Forderungen, für umweltverträgliche und gesundheitsschützende Technologien und Produktionsweisen, gegen umweltzerstörende Großprojekte, gegen die krankmachenden Folgen des Verkehrs, der Vergiftung der Natur usw. Wir fördern den Zusammenschluss mit Umweltbewegungen weltweit.

Wir haben uns dem Internationalistischen Bündnis als Trägerorganisation angeschlossen, um gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung der Regierung und im Staatsapparat, gegen wachsende Ausbeutung, Unterdrückung, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität zu kämpfen.

Die Redaktion des Magazins hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Leser*innen ein Bild zu vermitteln über Widerstand, Kämpfe und Erfolge für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt. Wir wünschen uns dafür die Unterstützung vieler Autor*innen aus der Umweltbewegung. Wir streben nach einer ausgewogenen Mischung aus wissenschaftlicher Expertise, praktischen Erfahrungen und umweltpolitischer Aktualität.

Unsere Verbundenheit zur Frauenbewegung und zur Gleichstellung aller Geschlechter drücken wir auch dadurch aus, dass wir in den Texten der Redaktion alle Geschlechter erkennbar machen. Wir bitten auch unsere Autor*innen, mit Sternchen (*) zu gendern.

Kritik und Vorschläge zu allem, was Euch zum Magazin bewegt, sind willkommen.

Selbstverständnis	2
Editorial	3
Profitmacherei im Verkehrswesen zerstört Mensch und Natur	4
Internationaler Kampf der Automobilarbeiter*innen um Arbeitsplätze und für Umweltschutz	7
Das Dieselfahrverbot in Stuttgart ist ein einziges Ablenkungsmanöver!	7
Luftverschmutzung macht Ambrosia-Pollen noch aggressiver	8
Neue Messverfahren WLTP und RDE: Was bringen sie?	8
Initiative für Null-Tarif im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV)	8
Werksführung bei VW Wolfsburg – eine spannende Erfahrung	9
Sofortige Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen! Schrittweise Einführung eines unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehrs! Wir brauchen saubere Luft in Augsburg!	9
Warum wir weiter gegen S 21 und für Umstieg 21 kämpfen müssen	10
Feinstaub selber messen!	11
Die Digitalisierung der Städte beschleunigt die Klimakatastrophe	11
Kein Vertrauen in die Weltklimagipfel	13
AfD-Gauland: Klimaschutz ist sinnlos	14
Aufruf der Umweltgewerkschaft zum Weltklima-Aktionstag 2018 in Deutschland	15
Auf dem Weg in die „Heißzeit“?	15
Extremwetterlagen häufen sich	16
Täuschungsmanöver „Verschmutzungsrechte“	17
Wir akzeptieren die Zechenschließungen nicht! Gegen die Flutung der Schachtanlagen durch die RAG!	19
Bergarbeiterstreik im März 1997	22
Erfolgreicher Infostand zur Schließung der letzten Steinkohlezechen	23
Unterschriftensammlung für den Erhalt des Steinkohle-Bergbaus und gegen seine Flutung	23
Hände weg vom Hambacher Forst, sofortiger Stopp der Braunkohleverbrennung	24
Gemeinsam können wir Fracking stoppen!	24
Suez-Remediation in Herne – jeden Tag kommt Gift nach Bochum	24
Gaza-Streifen: Israels Blockade schafft lebensbedrohende Verhältnisse	25
Gesundheitszentrum in Kobanê	26
Die ökologische Situation in Rojava/Nordsyrien	27
Wir brauchen ökologische Anbaumethoden und gesunde Nahrung	28
Mangelernährung als Folge des Klimawandels	28
Die Folgen der heutigen Landwirtschaft in Niedersachsen für unsere Umwelt	29
Es muss ein komplettes Umdenken her	30
Wie die Zuckerlobby Forschung manipuliert und uns vorsätzlich krank macht	31
Pestizide, Massenkrankheiten und extreme Ausbeutung: Nicaraguas Zuckerrohr-Arbeiter und Bevölkerung leiden unter neokolonialer Unterdrückung	33
Kathrin Hartmann: Die grüne Lüge – Weltrettung als profitables Geschäftsmodell	34
Waldwanderung in Berlin	34
„Wir-haben-es-satt!“-Demo 2019 in Berlin	35
Die Umweltgewerkschaft wendet sich entschieden gegen die in den neuen Polizeigesetzen vorgesehenen Verschärfungen!	35
Wir brauchen einen neuen Marsch für die Wissenschaft	36

Vorstand und Sitz des Vereins: **Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin**

Email: vorstand@ug-buvo.de · Internet: <http://umweltgewerkschaft.org/de/>

Wir freuen uns über Eure Spende! · GLS Bank – IBAN DE49 4306 0967 1199 5031 00

ViSdP: Mohan Ramaswamy

gedruckt auf recyceltem Papier mit mineralöl- und schwermetallfreien Druckfarben AktivDruck, Göttingen

Titelbild Karikatur: sfv/Mester, Foto Christine Schaaf/Peter Vescovi

Liebe Leser*innen,

immer mehr Menschen sagen, dass die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt gestoppt werden muss. Viele verändern ihre Lebensweise und wollen einen persönlichen Beitrag leisten. Aber die Umweltzerstörung geht weiter, immer schneller. Die CO₂-Emissionen sind 2017 weltweit auf über 41 Milliarden Tonnen gestiegen, auf das höchste Niveau aller Zeiten. Monate lang belasteten hier extreme Dürre und Hitzewellen die Menschen, die Natur und besonders die Landwirtschaft. Die Schäden durch Extremwetter haben sich hierzulande seit 1980 fast vervierfacht. Eine Studie internationaler Wissenschaftler von Anfang August 2018 prognostiziert die Gefahr einer globalen „Heißzeit“ mit 4 bis 5 Grad Celsius höherer Erddurchschnittstemperatur, einem Meeresspiegelanstieg von 10 bis 60 Metern und dramatischen Folgen für die Umwelt¹. Das Insektensterben geht weiter. Plastik verseucht die Meere und ist inzwischen in unsere Nahrungskette gelangt.

Warum ändert sich nichts, obwohl alle Umweltprobleme sich so offensichtlich weiter zuspitzen in Richtung einer globalen Umweltkatastrophe? Warum ändert sich nichts, obwohl längst viele umweltverträgliche Möglichkeiten zur Energieerzeugung, zur Nahrungsmittelproduktion, zur Abfallvermeidung usw. vorhanden sind? Weil im Kapitalismus der Schutz von Leben und der Natur nicht wichtig ist. Für Industrie-, Finanz-, Handelskonzerne und Banken zählt nur die Höhe der Rendite. Das hat Folgen, die viele Menschen abstoßen und ablehnen: Massentierhaltung, Verseuchung von Grundwasser, rücksichtslose Zerstörung von Natur. Rüstungskonzerne und Waffenhändler verdienen daran, dass Menschen verletzt und getötet werden, Lebensräume und die Umwelt verseucht oder zerstört werden. Krieg und Umweltzerstörung vertreiben Millionen Menschen aus ihrer Heimat.

Und die Politik? Für Merkel, Trump, EU-Politiker oder staatliche Institutionen ist auch die Geschäftemacherei Antrieb für ihr Handeln oder sie ordnen sich den Konzerninteressen unter. Landwirtschaftsminister a.D. Schmidt (CSU) gab grünes Licht in Brüssel dafür, dass das Umweltgift Glyphosat weitere fünf Jahre im Interesse von Bayer und Monsanto eingesetzt werden darf. Die Konzernvorstände Diess, Zetsche und andere dürfen mit ihren Autos weiter unsere Gesundheit bedrohen.

Schritt müsste aber sein, zusammen mit anderen aktiv zu werden. Aktiver Widerstand und politischer Druck von vielen sind notwendig. Die Umweltgewerkschaft benennt klar die Hauptverursacher der Umweltkrise in den Konzern- und Bankzentralen und in den Regierungen. Sie organisiert den überparteilichen und weltanschaulich offenen Zusammenschluss auf antifaschistischer, kämpferischer gewerkschaftlicher Grundlage zur Überwindung der Vereinzelung der Kräfte



Foto: Umweltgewerkschaft

Frau Merkel und ihre Regierung weigern sich, die Autokonzerne mit drastischen Kartellstrafen für ihre abgesprochenen Abgas-Manipulationen zu belegen. Die nach geltendem Kartellrecht möglichen Strafen könnten auf Jahre z.B. einen kostenfreien Nahverkehr in ganz Deutschland finanzieren! Die Politik hat keines der vielen seit langem bekannten Probleme bisher gelöst. Die neue große Koalition (GroKo genannt) hat sich sogar von verbindlichen Klimazielen verabschiedet. Wollen wir zulassen, dass die Lebensmöglichkeiten auf unserem Planeten für uns und für die folgenden Generationen weiter eingeschränkt werden und Leben sogar unmöglich gemacht wird?

Was tun? Empört darüber zu sein, wie das Profitsystem unsere Lebensgrundlagen zerstört, ist gut. Der nächste

und der Spaltung von Umwelt- und Arbeiterbewegung. Sie tritt ein für eine Gesellschaft, in der der Mensch in Einheit mit der Natur lebt und produziert. Alle, denen der Schutz der Umwelt am Herzen liegt, gehören in die Umweltgewerkschaft, weil sie sich damit klar positionieren und damit deren gesellschaftliche Bedeutung und politischen Einfluss stärken. Das sind gute Gründe, jetzt sofort Mitglied der Umweltgewerkschaft zu werden!

IHR BUNDESVORSTAND
UMWELTGEWERKSCHAFT

¹ www.pik-potsdam.de

Profitmacherei im Verkehrswesen zerstört Mensch und Natur

Das Verkehrswesen in Deutschland befindet sich schon lange in einer Krise. PKWs und LKWs verursachen gigantische Staus, riesige Flächenzerstörung

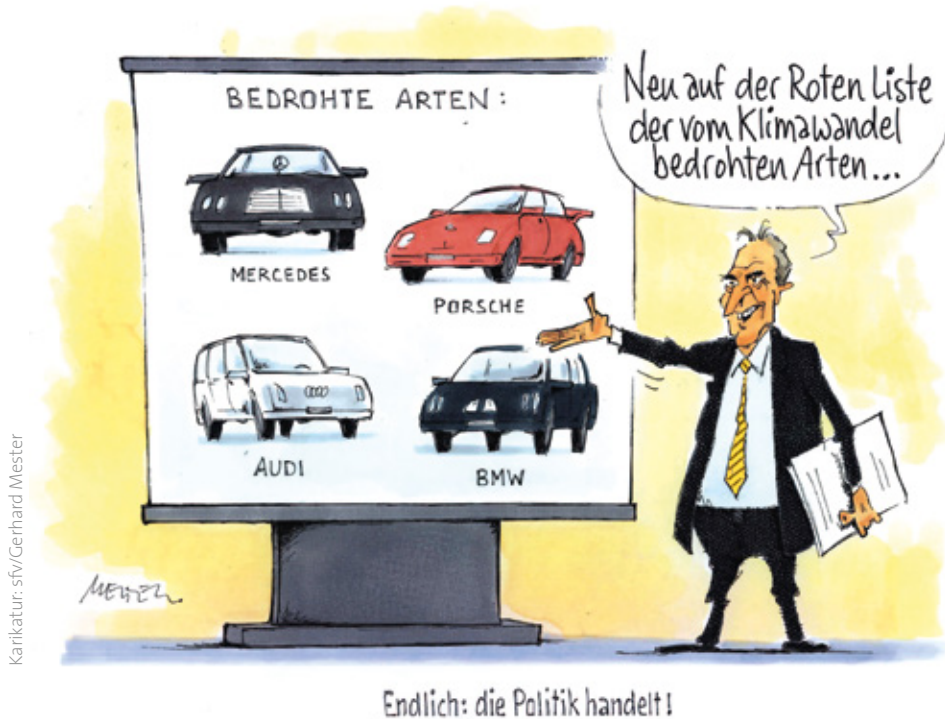
Städte verklagt die EU-Kommission die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof.² Die Emissionen, die der Autoverkehr verursacht steigen also

Im Juni wurde Audi-Chef Stadler in U-Haft genommen. Die Staatsanwaltschaft München warf ihm Betrug vor. Nach Angaben der Ermittler soll er außerdem die *Beeinflussung von Zeugen oder Mitbeschuldigten* geplant haben.³ VW-Chef Diess sprach von „Riesenschock“, ließ aber durchblicken: „Sollten die Vorwürfe (...) zutreffen, ist die Entscheidung klar.“ Heißt: Diess wird Stadler fallen lassen und das Spiel: „wir haben von nichts gewusst“ weiterspielen.

In den letzten Monaten wurde klar, dass alle Autobauer weiter mit illegalen Abschaltvorrichtungen arbeiten. Das KBA hat Fahrzeuge von Audi, Porsche und Daimler zurückrufen lassen. Verdacht auf Verwendung illegaler Abschaltvorrichtungen. Porsche hat, als nur ein Beispiel, beim Macan fünf (!) illegale Abschaltvorrichtungen verbaut, um auf dem Prüfstand die Euro-Norm 6 zu erhalten. Was dieses Fahrzeug im normalen Betrieb an Schadstoffen emittiert, werden wir vielleicht auch irgendwann einmal erfahren. Hatte nicht der ehemalige VW-Vorstandsvorsitzende Müller öffentlich erklärt, VW habe aus dem Abgasbetrug gelernt?

Nein, alle Konzernbosse haben nichts gelernt. Ihnen geht es nur darum, mit Autoverkauf möglichst viel Profite zu machen.

Sie versuchen sich außerdem der Verantwortung zu entziehen und die Folgen ihres Betrugs, möglichst auf die Masse der Autofahrer abzuladen. Eine Hardware-Nachrüstung auf Kosten der Konzerne wird abgelehnt, Klagen von Autobesitzern werden so lange hinausgezögert, bis Verjährungsfristen in Kraft sind, für Wertverluste wird kein Ausgleich geleistet. Um abzulenken von den kriminellen Machenschaften initiiert man Diskussionen über autonomes Fahren, vernetzte Fahrzeuge, baut immer größere Fahrzeuge, so genannte SUV (Sport Utility Vehicle) und verkauft die in der Werbung als zeitgemäß. Nur: Größere Autos emittieren mehr Schadstoffe, verbrauchen noch mehr Rohstoffe, mit allen negativen Konsequenzen für die Umwelt und die Arbeiter*innen in Minen und Fabriken etc. Den Herstellern ist



für Straßen und Parkplätze, steigen die CO₂-Emissionen, lebensgefährliche Stickoxid- und Feinstaubbelastung und enorme Kosten, für die die gesamte Gesellschaft aufkommen muss. 56,5 Mio. Kraftfahrzeuge waren nach KBA (Kraftfahrtbundesamt) am 1.1.2018 in der BRD zugelassen. Davon 46,4 Mio. PKW.

Jeder vernünftig Denkende weiß, dass es so nicht weitergehen kann. Die Auto-Bosse sehen das allerdings ganz anders. Sie wollen noch mehr Autos verkaufen und möglichst viele davon aus Untertürkheim, Wolfsburg etc. Die Folgen dieser „Strategie“: 2017 emittierte der Verkehrssektor in der BRD 3,8 Millionen Tonnen CO₂ mehr und insgesamt 170,6 Millionen Tonnen¹. Die Atemluft in bundesdeutschen Städten ist durch Feinstäube und Stickoxide besonders schlecht. Wegen zu schmutziger Luft in Dutzenden deutscher

trotz zig Klimagipfeln und einer Kanzlerin, die sich schamlos Klimakanzlerin nennen ließ.

Die Aufdeckung des Abgasbetrugs im September 2015 hat zusätzlich zu einer Glaubwürdigkeitskrise geführt. Der Versuch, der Öffentlichkeit und den Kunden Dreckschleudern als „saubere“ Autos zu verkaufen, ist gescheitert. Deutlich wurde und wird immer wieder, dass an der Spitze der deutschen Autobauer skrupellose Manager sitzen, die lügen, betrügen und in vollem Bewusstsein der negativen Auswirkungen für Gesundheit und Umwelt weiter an der Produktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren festhalten. Abgasfreie Antriebe wie die Brennstoffzelle kommen in der Rüstung (U-Boote) zum Einsatz, ansonsten nur im Schnecken-tempo voran.

es am liebsten, wenn sich die Käufer solche Zusammenhänge keine Gedanken machen. Wie lange werden sie das tun?

Die Autokonzerne und der Staat hemmen und verhindern die Entwicklung eines ökologisch sinnvollen Verkehrswesens

2017 benutzten 31,7 Mio. Menschen täglich den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Trotz der vielen Mängel, großer hausgemachter Schäden wie Streckenstilllegungen in der Fläche, Personalabbau, Verschlechterung des ge-

lometer Bahnstrecke neu- und ausgebaut. Die Länge aller 26 Tunnel beträgt 57 Kilometer, 37 Talbrücken wurden errichtet – darunter auch die mit 8,6 Kilometern längste Eisenbahnbrücke Deutschlands in der Saale-Elster-Aue bei Halle.⁴ Mit der Inbetriebnahme der Schnellbahnstrecke wird der Bahnverkehr entlang der Saale massiv eingeschränkt und Wartezeiten für Reisende auf Umsteigebahnhöfen verlängern sich.

Das Bundesverkehrsministerium wollte Wachtmeister-Studie geheim halten

Seit dem 8. Januar 2018 waren die Ergebnisse des vom Bundesverkehrsministerium beauftragten Gutachters Prof. Dr.-Ing. Georg Wachtmeister zur Machbarkeit einer technischen Diesel-Nachrüstung bekannt. Mitglieder einer Expertengruppe des Bundesverkehrsministeriums und die betroffene Fahrzeughalter bekamen aber keinen Zugang zu diesem Gutachten. Auch der DUH (Deutsche Umwelthilfe) gelang dies, trotz mehrfacher Versuche nicht auf offiziellem Weg, sondern informell. Nur die Autokonzerne erhielten Kenntnis. „Für Millionen betrogener Käufer von Diesel-PKW mit Abschalteinrichtungen der Klassen Euro 5 und 6 enthält es entscheidende Argumente zur Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Schadenersatz beziehungsweise eine wirksame technische Nachrüstung durch den Hersteller.“⁶

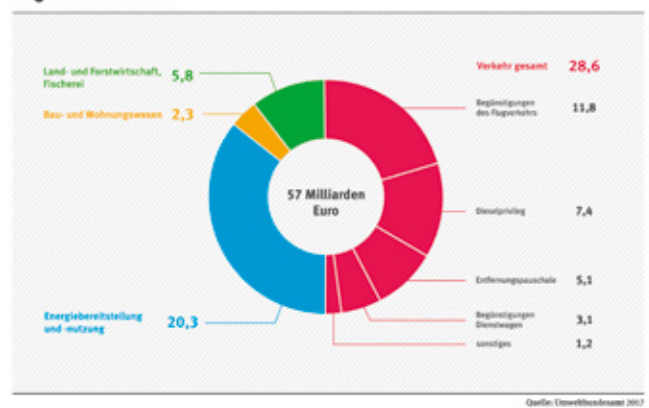
Prof. Dr.-Ing. Georg Wachtmeister kommt zu dem Ergebnis, dass eine Hardware-Nachrüstung möglich ist. Die DUH schätzt die Kosten auf durchschnittlich 1500 Euro pro Fahrzeug. Die Gesamtkosten der Nachrüstung bei diesen Fahrzeugtypen liegen bei etwa 15 Mrd. Euro.

samen Angebots, die frühere Vorstände wie Mehdorn u.a. beispielsweise bei der Deutsche Bahn angerichtet haben. Es gibt Städte in der BRD wie etwa Karlsruhe, wo der Straßenbahnverkehr bis in Umlandgemeinden geht. Was zu einer Reduzierung des Autoverkehrs geführt hat. Aber diese und auch andere gute Projekte bleiben lokal begrenzt. Bundes- und Landesmittel für den öffentlichen Nahverkehr werden gekürzt und damit wie in Karlsruhe der Ausbau umwelttauglicher Verkehrsprojekte behindert. Ähnlich hat es die Regierung ja auch mit den regenerativen Energien gemacht.

Vor allem der Schienenverkehr ist ein umwelttaugliches Massenverkehrsmittel für Personen- und Gütertransport. Statt ihn in der Fläche zu fördern und auszubauen, werden vor allem Projekte forciert, die ökologisch schädlich sind und Unmengen an Geld verschlingen. Die Schnellbahnstrecke Berlin-München, die im Dezember 2017 eröffnet wurde, kostete über 10 Mrd. €. Für eine Reduzierung der Fahrzeit von 6 auf 4,5 Stunden(!). „Dafür wurden rund 500 Ki-

Der notwendige Umbau des Verkehrs- und Transportwesens in der BRD zu einem ökologisch sinnvollen System wird von Wirtschaft und Politik systematisch be- und verhindert. Um den Erhalt des

Umweltschädliche Subventionen in Deutschland
Angaben in Milliarden



den. Tatsächlich waren es 2017 lediglich 69 €. Die BRD liegt in Europa damit auf den hinteren Plätzen. Nur Spanien und Frankreich investieren weniger in den Ausbau des Schienenverkehrs.⁵

Der Transport von Menschen und Waren wird in erster Linie als Quelle für Profitmacherei gesehen. Deshalb kommt es u.a. zu Absurditäten wie lokalen Verkehrsgesellschaften, manchmal mehrere davon nebeneinander. Besonders widersinnig und zerstörerisch ist der LKW-Verkehr geworden.



72,1% der Güter wurden 2017 auf den Straßen transportiert. Der Güterverkehr mit der Bahn dagegen wird reduziert. Die DB selbst ist Eigentümer der Firma „Schenker“, der größten Spedition.

Staatliche Behörden und die Regierung schützen die kriminellen Machenschaften der Autokonzerne

Die deutsche Autoindustrie machte im Jahr 2017 einen Rekordgewinn von über 40 Milliarden Euro. Kanzlerin Merkel lehnte in der Haushaltsdebatte im Bundestag am 16.5. 2018 eine Nachrüstung von Dieselfahrzeugen ab. Es könne, „nicht unser Interesse sein, dass wir durch politische Maßnahmen die Automobilindustrie so schwächen, dass sie keine Kraft mehr hat, in die eigentlichen Zukunftsinvestitionen etwas hineinzustecken.“⁶ Der Schutz der Bevölkerung vor den die Gesundheit schädigenden Stickoxiden ist für Frau Merkel also keine Investitionen wert. Bundesverkehrsminister Scheuer übrigens lehnt Hardware-Nachrüstungen auch ab. Während Frankreich von Renault, Peugeot, Citroen und Fiat über 18 Milliarden Euro Strafe wegen Abgasbetrug fordert, wurde in Deutschland erst im Juni von der Braunschweiger Staatsanwaltschaft gegen VW ein Bußgeld über 1 Mrd. € verhängt. Grund: „Aufsichtspflichtverletzungen in der Abteilung Aggregate-Entwicklung im Zusammenhang mit der Fahrzeugprüfung“. Diese sei mitverantwortlich dafür, dass „von Mitte 2007 bis 2015“ insgesamt 10,7 Millionen Fahrzeuge mit dem Dieselmotor der Typen EA 288 (Gen3) in den USA und Kanada sowie EA 189 weltweit mit einer unzulässigen Softwarefunktion beworben, an Abnehmer veräußert und in den Verkehr gebracht wurden.“⁷ Die Konzernspitze wird also nicht zur Verantwortung gezogen. Für VW ist diese Summe ein Schnäppchen. Nach EU-Recht müsste der Konzern bis zu 12 Mrd. Strafe bezahlen.

bisherigen Schienennetzes in der BRD zu sichern und beim Neu- und Ausbau nennenswert voranzukommen, müssten 80 € pro Bürger investiert wer-

Die externen Kosten des jetzigen Autoverkehrs werden in der BRD auf 85 bis 90 Mrd. € pro Jahr geschätzt. Belastet wird damit die gesamte Gesellschaft. Die

IG Metall-Führung am Rockzipfel der Autokonzerne

Im Artikel „Einmischen für Arbeitsplätze“ in der „metallzeitung“ vom Februar 2017, wird ein Verbot des Verbrennungsmotors abgelehnt und sogar davon gesprochen, dass „ein Großteil der PKWs, die in den nächsten 15 Jahren neu zugelassen werden wahrscheinlich Verbrennungsmotoren haben.“⁹

In anderen Veröffentlichungen sagt die IGM Führung, man lege sich nicht auf eine Antriebsart fest,¹⁰ behauptet, der Diesel sei notwendig, weil er weniger CO₂ emittiert, behauptet, ein sauberer Diesel sei möglich, koste aber Zeit, fordert „strenge, aber realistische Grenzwerte für den Realbetrieb (Real Drive Emission) für NOx und Feinstaub“¹¹. „Letztlich müssen sich aus Sicht der IG Metall alle Akteure bei den anstehenden Debatten darüber im Klaren sein, welche quantitativen und qualitativen Auswirkungen die Festlegung neuer Grenzwerte auf Beschäftigung und Arbeitsplätze haben werden. Dazu braucht es einen Diskurs und eine Folgenabschätzung im Vorfeld.“¹² Solche Aussagen freuen die deutschen Auto-Bosse sicher. Die IGM-Führung spricht zwar von Klimaschutz, will den aber weiter der Geschäftspolitik der Konzerne und dem, was die für machbar halten, unterordnen. Denselben Konzernen also, die viele Jahre mit angeblich „sauberen Autos“ Millionen Kunden und die Gesellschaft belogen und betrogen haben. Das ist absurd. Eine Forderung, die kriminellen Auto-Manager zu bestrafen, stellt die IGM-Führung dagegen nicht. Überlegungen, dass man die Herstellung von Produkten, die nachweislich Gesundheit, Umwelt und Klima schädigen, beenden muss, haben offensichtlich keinen Platz in der Denkwelt mancher IGM-Führer. Die Beschäftigten sollen mit dem Totschlagargument „Arbeitsplätze sichern“ für den falschen Kurs gewonnen werden. Arbeitsplätze sind natürlich wichtig, aber Arbeitsplätze gegen die Lebensinteressen der Menschen auszuspielen, ist hinterhältig. Bei den Autokonzernen gab es noch nie sichere Arbeitsplätze. Aus Profitgründen wurden immer Arbeitsplätze verlagert, die Ausbeutung der Belegschaften verschärft und inzwischen drei Gruppen von Beschäftigten geschaffen. Vielen Maßnahmen hat die IGM-Führung zugestimmt. Jetzt macht sie sich zum Handlanger von Umweltverbrechern. Wir brauchen beides: sichere Arbeitsplätze und umwelttaugliche Produkte. Das wünscht sich auch die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in der Autoindustrie. „Der Kampf um Arbeitsplätze, für eine Produktion und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, sowie zur Rettung der natürlichen Umwelt, muss einen festen Platz in jeder Gewerkschaft haben.“¹³



Karikatur: Jochen Schaaf

von der Autolobby gesteuerten Politiker in Bund und den Ländern interessiert das offensichtlich nicht. Sie versuchen weiter mit einzelnen Korrekturen, das zerstörerische Verkehrssystem aufrecht zu erhalten. Allein im Jahr 2012 wurde nach einer Studie des UBA (Umweltbundesamtes) der umweltschädigende Ver-

zahlen lächerliche 250 Mio. € in diesen Fonds. Ein Jahr nach dem Dieselpipfel hat sich die Regierung als unfähig erwiesen, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung durchzusetzen.

Profit- und Renditeerwartungen bestimmen in der BRD im PKW-, Flug-, Güter-, Schienen- und Schiffsverkehr die Entwicklung. Auf Kosten unserer Gesundheit und unserer Natur.

Ein umwelttaugliches Verkehrswesen, das möglich und dringend notwendig ist, ist unter den kapitalistischen Verhältnissen der BRD nicht realisierbar.

HANS-DIETER STIMPFIG



Foto: Christine Schaaf

Picknick auf der B14
am 22. Juli 2018

kehr mit 28,6 Mrd. € aus Steuergeldern subventioniert. Auf den Flugverkehr entfielen ca. 12 Mrd. €. Auf den Autoverkehr 15 Milliarden.

Ein Jahr nach dem sogenannten Dieselpipfel (2.8.2017), ist die Bilanz eindeutig. Die Luft in den Städten ist nicht besser geworden. Die Autokonzerne haben weiter kein Interesse an einer Hardware-Nachrüstung und lehnen eine Nachrüstung auf ihre Kosten ab. 1 Mrd. € für Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Luft in Städten und Gemeinden wurden beschlossen. Die Autokonzerne

- 1 <https://www.electrive.net/2018/03/28/klimabilanz-2017-hoehere-emissionen-im-verkehrssektor/>
- 2 <https://web.de/magazine/wirtschaft/eu-kommission-verklagt-deutschland-luft-32968366>
- 3 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/VW-Chef-Festnahme-von-Audi-Chef-Stadler-war-Riesenschok-4095392.html>
- 4 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schnellere-ice-verbinding-sonderzuege-nach-fahrt-auf-neuer-schnellfahrstrecke-in-berlin/20689488.html>
- 5 <https://www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/schiennetz-deutschland-im-laender-ranking-hinten/>
- 6 <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-veroeffentlicht-geheim-gehaltenes-regierungsgutachten-technische-nachruestung-de/>
- 7 https://www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaftsticker/unternehmen-merkel-will-autobauer-nicht-durch-diesel-konsequenzen-schwaechen_id_8938198.html
- 8 <https://www.nrz.de/wirtschaft/vw-muss-in-der-dieselfaere-eine-milliarde-bussgeld-zahlen-id214571605.html>
- 9 metallzeitung, Februar 2017, S.10
- 10 <https://www.igmetall.de/dieselfaere-autoindustrie-muss-sich-mehr-anstrengen-25516.htm>
- 11 Neue Abgasnormen als Chance nutzen, IGM Vorstand 60329 Frankfurt, Oktober 2016, S.7
- 12 Neue Abgasnormen... a.a.O., S. 10
- 13 Grundsatzprogramm der Umweltgewerkschaft: „Gemeinsam die Erde vor dem Kollaps retten!“



Das Dieselfahrverbot in Stuttgart ist ein einziges Ablenkungsmanöver! Protestkundgebung der Umweltgewerkschaft am 28. Juli 2018 in Stuttgart

Das von der Landesregierung für Stuttgart geplante Fahrverbot für Dieselfahrzeuge unterhalb der EURO-4-Norm kann wenig ausrichten, um die schlechte Luftqualität der Landeshauptstadt zu verbessern. Es wird nur 35% der fast 535.000 in der Region angemeldeten Dieselmotoren betreffen. Die teilweise höheren Emissionen der Diesel in Euro 5-Norm werden weiter die Luft verpesten. Der Anteil der Benzinfahrzeuge am Schadstoffausstoß wird dabei bagatellisiert. Die Landesregierung versucht die eigentliche Frage eines alternativen Verkehrssystems zu umgehen und die Automobilkonzerne zu schützen.

Ab 1. September müssen bei Neuwagenzulassung alle Fahrzeugtypen nach dem WLTP-Prüfverfahren getestet sein (Worldwide Harmonized Light Vehicle Test Procedure). Der gemessene Normverbrauch ist gegenüber dem alten Prüfverfahren etwas realitätsnäher, und der gemessene CO₂-Gehalt liegt etwa 20 Prozent höher. Da dieser Wert in die Steuerberechnung eingeht, werden eine ganze Reihe von Autoneukäufern mehr Steuern als vorher für ihr Fahrzeug bezahlen müssen.

Die Umweltgewerkschaft tritt für eine grundlegende Wende ein. Dazu braucht es als ersten Schritt und Sofortmaßnahme die Hardware-Nachrüstung mit SCR-Katalysatoren auf Kosten der Autokonzerne. Und wir brauchen den schnellstmöglichen Umstieg auf Verkehrssysteme ohne fossile Verbrennungsmotoren. Emissionen können sofort gesenkt werden durch die Einführung eines attraktiven und unentgeltlichen Nahverkehrs! Die ökologische Umstellung des Verkehrssystems in Verbindung mit einer Arbeitszeitverkürzung – bezahlt aus den Milliarden Gewinnen der Autokonzerne – kann Hunderttausende neuer Arbeitsplätze schaffen.

„Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter,

Wir wählen diese Form des Protestes, weil wir mit Ihnen ins Gespräch kommen wollen. Wir glauben, dass der aktive Widerstand auf der Straße die richtige Antwort ist auf die umweltfeindliche Politik der Bundesregierung und die umweltfeindliche Produktionsweise der Großkonzerne. (...)

Wir sind der Meinung, dass weder die derzeitige Bundesregierung noch die Verantwortlichen in Konzernzentralen und Banken willens und in der Lage sind, die dringendsten Umweltprobleme zu lösen. Im Gegenteil sagen wir, dass sie den Umweltschutz im Mund führen, uns Nebelkerzen hinschmeißen und in Wirklichkeit aber der Raubbau an der Natur nahezu ungebremst weitergeht. (...)

Wir kritisieren die deutsche Autoindustrie. VW,

(Auszüge aus der Rede von Mirjam Gärtner, Mitglied des Bundesvorstands der Umweltgewerkschaft, auf der Protestkundgebung in Stuttgart)

Internationaler Kampf der Automobilarbeiter*innen um Arbeitsplätze und für Umweltschutz

Wir Automobilarbeiter*innen übernehmen Verantwortung für unsere Zukunft! Voller Stolz, nach 17 Jahren fruchtbarer Zusammenarbeit, können wir heute sagen: „Die Zeit ist reif für die Gründung einer Internationalen Automobilarbeiterkoordination.“ Wir brauchen diesen weltweiten Zusammenschluss der Arbeiter*innen der Automobil- und Zulieferindustrie, eng verbunden mit unseren Familien und Unterstützer*innen ...

Getrieben vom internationalen Konkurrenzkampf um Weltmarktführerschaft streben die multinationalen Automobilkonzerne nach Maximalprofit auf Kosten der Arbeitenden und der Natur. ... Wir Arbeiter*innen in den Automobil- und Zulieferbetrieben arbeiten international in immer mehr Ländern Hand in Hand – und werden dennoch immer stärker in Konkurrenz getrieben. Wir schaffen wertvol-

le Produkte – doch die Mehrheit von uns kann sie sich nicht leisten. Viele Familien leben in Armut oder am Rande des Existenzminimums, auch weil die Jugend in Arbeitslosigkeit und Leiharbeit gedrängt wird. Wir sind Fachleute einer hochentwickelten Produktionsweise, erleben aber, wie sie sich unter der Fessel der kapitalistischen Verhältnisse gegen uns kehrt und die Einheit von Mensch und Natur zunehmend zerstört. Das Ziel der Autokonzerne,

die jährliche Fahrzeugproduktion auf 100 Millionen zu erhöhen, weiter auf fossile Brennstoffe zu setzen und immer größere Warenströme auf der Straße zu transportieren, treibt in vollem Wissen in den Kollaps des Weltklimas. Es sind dieselben Konzerne, die Arbeitsplätze vernichten und mutwillig die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit und eine globale Umweltkatastrophe riskieren. Immer weniger Menschen können und wollen sich damit abfinden, dass ihnen und besonders der Jugend die Zukunft genommen wird. Während die Unternehmen und das Kapital in allen Ecken der Welt Geschäfte machen, wird den Arbeiter*innen und dem Volk das Recht zu migrieren verweigert, was zu Tragödien geführt hat, vor allem in den armen Ländern. In der ganzen Welt kämpfen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung, ... gegen Umweltzerstörung und Kriege ... Wir setzen alles daran, dass wir gemeinsam eine überlegene Kraft werden gegenüber dem internationalen Finanzkapital, das heute die Weltwirtschaft und -politik und die staatlichen Unterdrückungsapparate beherrscht.

(aus der Gründungsresolution der internationalen Automobilarbeiterkoordination, Sindelfingen, Deutschland, 17.10.2015 (<http://www.iawc.info/de>))



le Produkte – doch die Mehrheit von uns kann sie sich nicht leisten. Viele Familien leben in Armut oder am Rande des Existenzminimums, auch weil die Jugend in Arbeitslosigkeit und Leiharbeit gedrängt wird. Wir sind Fachleute einer hochentwickelten Produktionsweise, erleben aber, wie sie sich unter der Fessel der kapitalistischen Verhältnisse gegen uns kehrt und die Einheit von Mensch und Natur zunehmend zerstört. Das Ziel der Autokonzerne,

Daimler, BMW, Ford, Opel, sie alle benutzen die illegale Software, die hier von Bosch entwickelt wurde. Diese Gewissheit und Empörung teilen wir mit der Masse der Bevölkerung. So sehen aktuell 74% der Bevölkerung die Autoindustrie nicht mehr als vertrauenswürdig an. (...)

Damit kommen wir zur wesentlichen Frage: Wie müssen wir gegen die kämpfen? Wir sagen: Auf der Straße, in einer Massenbewegung, mit einer bundesweit organisierten, wie eine Gewerkschaft arbeitenden Kampforganisation. Das ist nicht nur der Schluss aus dem Abgasskandal, sondern eine strategische Frage der Selbstveränderung der bisherigen Umweltbewegung. (...)

Die Umweltgewerkschaft fordert die sofortige Umstellung auf Antriebe mit erneuerbaren



Foto: Christine Schaaß

Energien aus umweltpolitischen Gründen und auf Kosten der Profite. Wir wollen gleichzeitig den Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz führen und dass die Umweltverbrecher bestraft werden.

Werdet bei uns Mitglied und organisiert Umweltschritte.“

Luftverschmutzung macht Ambrosia-Pollen noch aggressiver

Das Umweltbundesamt (UBA) kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass 8 % der Diabetes-Erkrankungen in Deutschland im Jahr 2014 auf NO₂ (Stickstoffdioxid) zurückzuführen sind. Dies entspricht etwa 437.000 Krankheitsfällen. Die Zahl der Asthmaerkrankungen, die auf NO₂ zurückzuführen sind, liege bei etwa 439.000 Krankheitsfällen. Ein Zusammenhang besteht auch zwischen NO₂-Belastung Bluthochdruck, Schlaganfall und der chronisch obstruktiven Lungenerkrankung (COPD).

Eine bedeutende Ursache für schädliche Stickoxide in der Atemluft seien eindeutig Diesel-Pkws – auch außerhalb der hochbelasteten Straßen, so das UBA.

Nun fanden Wissenschaftler des Münchner Helmholtz Zentrum heraus, dass Abgase mit Stickstoffdioxid in Ambrosia-Pflanzen die Allergen-Menge steigern. Besonders die an Autobahnen wachsende Ambrosia ist deutlich allergener als Exemplare abseits der Straße.

Die Ambrosia-Pflanze kam vor Jahren nach Europa und hat sich dort, auch bedingt durch den Klimawandel, stark ausgebreitet. Ihre Pollen zählen zu den stärksten Allergie-Auslösern und können zu allergischem Schnupfen, anderen Allergien und sogar zu Asthma führen.

Durch die späte Blüte im August und September verlängert sich die allgemeine Pollenflugzeit um zwei Monate. Das allergene Potential der Ambrosia-Pollen ist um ein Vielfaches höher als bei Gräser-Pollen. So können die Ambrosia-Pollen auch bei bisher Immunen zu heftigen allergischen Reaktionen führen.

Die Autobauer wollen uns einreden, ihre Diesel-

fahrzeuge würden unsere Gesundheit nicht bedrohen. Das entspricht nicht der Wahrheit. Zetsche und die anderen Autobosse sind mit ihren Produkten verantwortlich für die wachsende Zahl verschiedener Erkrankungen.

Korrespondenz Stuttgart.
von JOACHIM BAUERLE

(Automobilarbeiter Mercedes Untertürkheim)



Neue Messverfahren WLTP und RDE: Was bringen sie?

Ab 1. September 2017 erhalten neue Fahrzeuge nur dann eine Zulassung, wenn der Fahrzeugtyp nach WLTP-Norm (weltweit einheitliches Leichtfahrzeuge-Testverfahren) getestet wurde. WLTP soll realistischere Verbrauchs- und Abgaswerte liefern. Zusätzlich werden Tests auf der Straße durchgeführt (RDE-Messung). Der auf der Straße ermittelte Wert, darf den Laborwert um den Faktor 2,1 (also mehr als das Doppelte) überschreiten und soll schrittweise gesenkt werden. Neuwagen verbrauchen real im Schnitt 42 Prozent mehr Sprit, emittieren also sehr viel mehr CO₂, als von den Herstellern angegeben. So das Ergebnis einer Studie, die Ende August 2018 vom International Council on Clean Transportation (ICCT) veröffentlicht wurde. Wie bekannt, liegt der Stickoxidausstoß sogar um ein Vielfaches höher, als von den Herstellern angegeben.



Was haben Menschen, die von Gesundheit schädigenden Abgasen belastet sind, unsere Umwelt und das Klima mit dem genaueren Messverfahren gewonnen? Nichts! Weil Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor weiter extrem schädliche Abgase emittieren. Und wenn es nach EU und Kanzlerin Merkel geht, wird sich daran in den nächsten Jahren wenig ändern. Bis 2030 ist eine CO₂-Reduktion von lediglich 30 % vorgesehen.

Initiative für Null-Tarif im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV)

Die Erderwärmung durch den CO₂-Ausstoß nimmt immer weiter zu. Die Verbrennungsmotoren tragen mit einem Anteil von ca. 23 % dazu bei. Wir, die Ortsgruppe Kreis Böblingen, haben beschlossen, eine Initiative für Null-Tarif im Öffentlichen Nahverkehr zu starten. Zuerst studierten wir die Verkehrsbroschüre des Bundesvorstands der Umweltgewerkschaft. Im Internet lasen wir, dass z.B. in Melbourne/Australien und in Frankreich in 24 Regionen kostenloser Nahverkehr angeboten wird. Null-Tarif ist also möglich. Wir luden viele Organisationen im März zu einem Treffen ein, beschlossen ein Argumentationspapier (Flyer auf der Homepage der Umweltgewerkschaft) zu erstellen, Infostände zu machen, Unterschriften zu sammeln und Kontakt zu den Gruppen in Herrenberg und Stuttgart aufzunehmen. Auf dem Mobilitätstag (Bild) des Landkreises in Böblingen Ende April wurde unsere Initiative zu einer Mobilitätskonferenz des Landkreises eingeladen. In Sindelfingen sammelten wir am 1. Mai bei der Kundgebung und an unserem Infostand Unterschriften. Die Leute unterschrieben mit viel Zustimmung: „Schön wär's“. Zeit, sich zu engagieren, hatten sie leider nicht. Es gab auch andere Stimmen: Wir haben ein E-Auto. Wir wohnen am Marktplatz und gehen zu Fuß. Die Reichen sollen nicht umsonst fahren, nur kinderreiche Familien.

Attac hat uns zur Vorstellung der Initiative eingeladen. Eine Vertreterin der Linken hat Interesse, aber keine Zeit und will informiert werden.

Wir wollen noch viel mehr Leute zum Mitmachen gewinnen. Im September planen wir in den Bussen in Böblingen, Sindelfingen und an den S-Bahn-Haltestellen Aktionen zu machen. Wir wollen Jugendliche einbeziehen. Auf das Daimlerwerk neben uns, wo die Arbeiter doch Brennstoffzellenbusse bauen könnten, wollen wir zugehen. Unsere Forderungen wollen wir dann an Regionalparlament/Kreisrat/Gemeinderat Böblingen/Sindelfingen stellen.

UMWELTGEWERKSCHAFT KREIS BÖBLINGEN

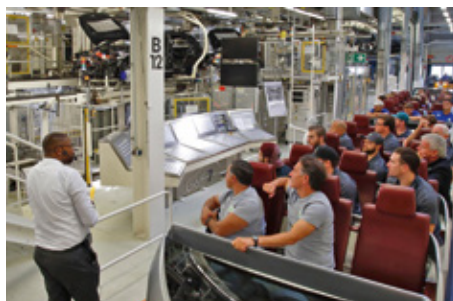


Grafik: Rainer Reckert/Fotografik

Werksführung bei VW Wolfsburg – eine spannende Erfahrung

Wir, zwölf Freunde*innen der Umweltgewerkschaft, waren zu Besuch in Wolfsburg und machten die Werkstour mit. 90 Minuten wurden wir durch die heißen Hallen der Produktion gefahren und sahen, wie ein Golf entsteht. Die Technik war beeindruckend und ebenso die Zusammenarbeit der Kollegen*innen im Werk. Die Werbung des VW-Vorstandes war dabei geradezu lächerlich, denn der Golf wurde als „Kreation aus Leidenschaft“ beworben. In einer Schicht werden an die 400 Autos fertig gebaut. Was wäre technisch möglich, wenn Antriebe auf Basis der Erneuerbaren Energien gebaut würden und nicht als Verbrennungsmotoren wie bisher. Eine Umstellung in der Massenfertigung wäre problemlos möglich und sollte verbunden werden mit der 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und Kampf um jeden Arbeitsplatz. Die Hitze, den Lärm und die stickige Luft erlebten

die Besucher*innen als erdrückend, so dass einige sich fragten, wie das auszuhalten ist. Nach der Führung saßen wir im Eiscafé und eine Besucherin fragte,



warum nicht schon längst alle streiken im Werk wegen der Umwelt und der Arbeitsbedingungen. So einfach ist das aber nicht. Zunächst müssten sich die Kollegen*innen einig sein und gemeinsame Forderungen entwickeln. Dafür brauchen sie die Umweltgewerkschaft und müssen sich organisieren. Bisher haben wir viel zu wenige Mitglieder aus den Betrieben. Außerdem ist ein politi-

scher Streik in Deutschland verboten. In unserem Programm steht dazu: „Der Kampf um Arbeitsplätze, für eine Produktion und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, sowie zur Rettung der natürlichen Umwelt, muss einen festen Platz in jeder Gewerkschaft haben. Wir unterstützen Arbeitskämpfe für soziale Forderungen, für umweltverträgliche und gesundheitsschonende Technologien und Produktionsweisen. Wir treten ein für das allseitige Recht auf Streik und freie politische Betätigung auf antifaschistischer Grundlage.“

Wir können allen nur empfehlen: Besucht die Autowerke in Eurer Nähe. Gerne organisieren wir für Euch auch weitere Werksführungen in Wolfsburg. Es lohnt sich!

UMWELTGEWERKSCHAFT
BRAUNSCHWEIG/WOLFSBURG

Für eine Reservierung senden Sie bitte eine Mail an werkstour@volkswagen.de

Sofortige Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen! Schrittweise Einführung eines unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehrs! Wir brauchen saubere Luft in Augsburg!

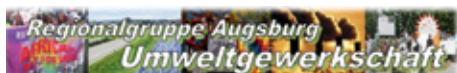
Mit diesem Aufruf gingen wir im Dezember 2017 an die Öffentlichkeit. Bereits im Juni 2017 verärgerte der AVV mit einer Fahrpreiserhöhung die Fahrgäste in Augsburg und im Umland. Wir beschlossen, das Thema Nulltarif im ÖPNV aufzugreifen und eine systematische Arbeit dazu zu entwickeln.

Wir begannen Unterschriften zu sammeln, um damit politischen Druck zu erzeugen und medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Wichtig war es

uns von Anfang an, andere Organisationen, wie ProBahn und kritische Begleiter des ÖPNV einzubeziehen. Wir schulten in der Gruppe unser Auftreten in der Öffentlichkeit und unsere Argumente. Entscheidend ist für uns die Verbindung von der örtlichen Aktion zur gesamten Verkehrspolitik. Wir brauchen ein alternatives Verkehrssystem und Nulltarife mit attraktivem ÖPNV an allen Orten.

Wir waren gut vorbereitet, als es dann zu der Tarifreform im Dezember kam.

Der Bevölkerung sollte sie als das von Experten bestmöglich ausgestützte System verkauft werden. Die Tarifreform, die für Fahrgäste im Kurzstreckebereich eine Fahrpreisverdoppelung zur Folge hatte, löste wochenlange Proteste aus, u.a. durch viele Leserbriefe an die Lokalpresse. Die Stadtspitze und die Verkehrsbetriebe gerieten in die Defensive und mussten reagieren; Bürgerdialog war angesagt. Auf einer Veranstaltung sollten die Bürger mit Vorschlägen ... ➡



zu bereits vorgegebenen Themen der Reform ein Alibi geben. Eine offene Diskussion war nicht zugelassen. Die Gastgeber wurden vom Publikum dafür ausgepöfht. Unsere Gruppe konfrontierte die Bürgermeisterin und den Stadtwerkechef mit dem Vorschlag des Nulltarifes und Finanzierungsvorschlägen. Aus deren Sicht angeblich nicht machbar. Kurze Zeit später stand allerdings in der „Augsburger Allgemeinen“: „Ein ganz großer Wurf — kostenloser Nahverkehr in der Augsburger Innenstadt“. Im weiteren Text hieß es aber: „Das gilt nur für eine Station um den zentralen Umstieg“. Also eine Farce und weitere Munition für unsere Diskussionen an den Ständen.

Den Aktivisten machen die Einsätze



Transparente malen in Augsburg

zur Unterschriftensammlung sichtlich Spaß. Klares Thema, wir erreichen viele Leute aus allen Bereichen und führen interessante Gespräche. Keiner, der unterschreibt, darf ohne Material (Programm, Flyer), unsere Kontaktadresse und Infos über die Umweltgewerkschaft nach Hause gehen. Verbunden wird die Unterschriftensammlung damit, Kontakte zu knüpfen. Wir haben uns angewöhnt, bei unseren Infoständen einen Lautsprecher mitzunehmen und mit kurzen Ansagen, das Thema zu bewerben. Die Leute machen sogar Umwege und kommen auf uns zu. Für die Zukunft wollen wir aus den gewonnenen Kontakten aktive Mitstreiter für die Sammlung machen, am besten als Mitglieder der Umweltgewerkschaft: Kostet ja fast nichts.

Mit zuversichtlichem Blick in die Zukunft

die AUGSBURGER
UMWELTGEWERKSCHAFTSGRUPPE



Warum wir weiter gegen Stuttgart 21 und für Umstieg 21 kämpfen müssen

Nach wie vor kommen wöchentlich hunderte von Menschen zur Montagsdemo gegen das Großprojekt Stuttgart 21 (S 21). Dieses bedeutet: Vernichtung des großen und für den Regionalverkehr sehr gut geeigneten Kopfbahnhofs und Bau eines Tiefbahnhofs, der in seiner Kapazität geringer ist und den Regionalverkehr massiv einschränkt. Unter den Gegnern des Bahnprojektes S 21 meinen manche, Widerstand lohne sich nicht mehr, weil der Bau schon so weit fortgeschritten sei.



Foto: Roland Hägele

Dabei distanzieren sich heute auch immer mehr einstige Befürworter: Das Bahnprojekt S 21 ist „teuer und unwirtschaftlich“, sagen inzwischen selbst die meisten Bahnverantwortlichen. Trotzdem soll weiter gebaut werden.

Die Grünen liefern die Argumentation dazu. So sagte Matthias Gastel: „Wir akzeptieren, dass 70 Prozent der Tunnel in Stuttgart bereits gebohrt sind.“ Aber: Wenn ein Tunnel gebohrt ist, dann ist die Bahn noch lange nicht im Tunnel. In Wirklichkeit sind erst 30 % der Projektsumme verbaut und nicht 70 %, wie Gastel trickreich suggerieren will. Cem Özdemir stößt ins gleiche Horn, wenn er sagt: „Jetzt isch die Katz de Baum auf“. **Aber: Wer A sagt, muss nicht B sagen, wenn er erkennt, dass A falsch war.**

Das Argument mit dem angeblich teureren Ausstieg kennen wir seit 2011. Schon vor der manipulativ durchgeführten Volksabstimmung behauptete der damalige OB Schuster 1,5 Milliarden Euro Ausstiegskosten (bei damals angesetzten Gesamtkosten von 2,89 Milliarden Euro) und legte damit nahe, über 50 % der Gesamtsumme wären bereits verbaut. Ähnlich wird heute wieder argumentiert. Es wer-

den astronomische Ausstiegskosten genannt, die überhaupt nicht belegt werden.

Mit „Umstieg 21“ liegt ein guter Vorschlag der S 21-Gegner für einen zukunftsweisenden Verkehrsknotenpunkt im Stadtzentrum vor:

Ein großer Teil des bisher für den Tiefbahnhof Gebauten kann umgenutzt und für einen hochmodernen Kopfbahn-



Foto: Roland Hägele

hof gebraucht werden – auch die bisher gebauten Tunnel – eingebunden in den ICE-Deutschlandtakt und vernetzt mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln.

Trotz Umstiegskosten ist dieser Weg um 4 bis 6 Milliarden günstiger als S 21. Viel Geld, das dringend gebraucht wird, um die heruntergekommene Bahn zukunfts-fähig zu machen.



In der Schweiz versteht man den Zusammenhang zwischen Schiene und Klimaschutz

Die Volksabstimmung in Baden-Württemberg über den Bau des Projekts Stuttgart 21 wird von immer mehr Menschen als illegal angesehen

Bei der Kundgebung am 7.7.2018 vor dem Hauptbahnhof sprach unter anderen auch die ehemalige Bundesministerin für Justiz und Ordnung unter Gerhard Schröder, Frau Herta Däubler-Gmelin. „Es kann sich niemand mehr darauf berufen, die Volksabstimmung könnte Grundlage oder auch nur ein politisches Mäntelchen für irgendeinen Auftrag sein. Die ganze Abstimmung ... beruhte auf falschen Angaben, die entweder mit der Absicht der Täuschung von Anfang an verfälscht wurden oder die jedenfalls der Volksabstimmung die Grundlage entzogen haben, wenn später relevante, nicht kalkulierte Veränderungen hinzugekommen sein sollten. Es geht aber auch um die missbräuchliche Verwendung öffentlicher Gelder ... Unser Strafgesetzbuch bezeichnet so ein Vorgehen als Untreue.“ (zitiert aus Bürgerinnenbrief 387 „der Anstifter“ vom 9. Juli 2018).

KORRESPONDENZ STUTTGART

Wir brauchen den Kopfbahnhof, weil der neue Tiefbahnhof wesentlich weniger leisten kann – was die Anzahl der ein- und ausfahrenden Züge betrifft – als der alte Kopfbahnhof. Gegen Stau, Feinstaub und Stickoxid brauchen wir in Stuttgart dringend den Ausbau des ÖPNV. Dem steht der Tiefbahnhof mit seinem Gleisrückbau direkt entgegen.

Wenn der Tiefbahnhof also teuer und unwirtschaftlich, ökologisch katastrophal und für den Regionalverkehr ein Rückbau der Kapazität ist, außerdem sehr viele Risiken bedeutet, warum wird dann weiter gebaut? Weil S 21 mehr ist als ein Bahnprojekt und die Gewinne nur so winken (z.B. bei Herrenknecht/Bohrmaschinen, durch Immobilienverkäufe usw.)

Dagegen lohnt es sich, weiter zu kämpfen.

**Heute mehr denn je:
Für „Umstieg 21“ und
einen attraktiven ÖPNV
zum Nulltarif.**

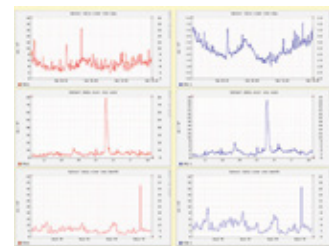
KORRESPONDENZ STUTTGART

Feinstaub selbst messen!

Seit 2015 gibt es ein Projekt des „OK Lab Stuttgart“, das jedem für wenig Geld erlaubt, den Feinstaub vor der Haustür selbst zu messen und auf einer Deutschland-Karte fortlaufend öffentlich zu dokumentieren. Voraussetzung ist eine WLAN-Verbindung und ein Stromanschluss. Seit Frühjahr 2018 haben wir vor dem Bundesbüro der Umweltgewerkschaft in Berlin ein Feinstaub Messgerät installiert. Vorausgegangen war eine Infoveranstaltung zur Feinstaubproblematik. Dort wurde im Anschluss der Zusammenbau und die Software-Installation des Sensors von einem jungen Siemens-Kollegen fachkundig erklärt, der vorher schon selbst einen Sensor auf seinem Balkon aufgehängt hatte. Sehr hilfreich ist dabei die offizielle Projekt-Seite mit einer gut verständlichen Schritt-für-Schritt-Erklärung.¹

Hat man die wenigen Bauteile gekauft (im Internet für ca. 50 Euro), sollte man beim ersten Zusammenbau drei Stunden einplanen – das Aufspielen der Software auf den Sensor ist etwas „tricky“, wenn man das noch nie gemacht hat. Mit Erfahrung klappt es in 30 Minuten. Danach kann man seinen Feinstaub-Sensor am oder im Haus anbringen und auf der Karte anmelden. Inzwischen gibt es deutschlandweit mehrere Tausend, die alle einzeln angeklickt werden können.²

Seine eigentliche Bedeutung erfährt das Projekt allerdings erst, wenn die Daten vieler Sensoren einer Stadt oder einer Straße für kämpferische umweltpolitische Aktionen der Bewohner genutzt werden! Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit den sogenannten „Grenzwerten“. Der Sensor misst die Feinstaub-Partikel der Größe pm10 und pm 2,5 und zeigt die Werte alle paar Minuten in verschiedenen Grafiken an: täglich, wöchentlich, jährlich.



Für den Sensor am Umweltgewerkschafts-Büro sieht das dann zum Beispiel so aus.

UMWELTGEWERKSCHAFT ORTSGRUPPE BERLIN

¹ <https://luftdaten.info/>

² <http://deutschland.maps.luftdaten.info/#6/51.165/10.455>

Smart City · Smart Home · Smart Mobility

Die Digitalisierung der Städte beschleunigt die Klimakatastrophe

(Auszüge aus einem Diskussionspapier für den BUND-Vorstand
Kreisverband Stuttgart [03.07.2018] – die Zustimmung des Autors PETER HENSINGER liegt vor)

Die Digitalisierung sei ein Fortschritt für die Menschheit, versucht man uns einzureden. Smart City, Smart Home, Smart Mobility, Smart School, Smart Factory – in der mobil vernetzten Gesellschaft sollen Big Data und Algorithmen die Probleme der Menschheit lösen. Städte werden derzeit von Orten der kommunalen Demokratie zu Orten der Überwachung umgebaut. Ziel ist es, in Echtzeit von jedem Bürger zu wissen, was er tut. Die Superwachen für digitale Profile sind Smartphones, die BigData-Infrastruktur sind WLAN- und 5-G-Sender. Peter Hensinger schreibt: Die Digitalisierung bringt uns dem Klimakollaps näher, und ist gleichzeitig das Instrumentarium, um den Widerstand dagegen zu unterdrücken. Überwachung, politische Manipu-

lation und Konsumorientierung sollen mit den digitalen Profilen in der Smart City perfektioniert werden. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition hört sich das allerdings ganz anders an. „Wir streben an, die Freizügigkeit der Daten als fünfte Dimension der Freizügigkeit zu verankern“.¹ Prof. Armin Grunwald, Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag (TAB), sieht das ganz anders: „Zu keiner Zeit in der Menschheitsgeschichte hat es derart gute Bedingungen für eine totale Diktatur gegeben wie heute. Was Hitler an Propaganda-Möglichkeiten, was die Stasi an Überwachungsapparat hatte, ist Kinderkram gegen das, was heute möglich ist“.² Die Smart City Pläne bekamen 2018 den Negativpreis Big- ➔

Brother Award. Hensinger kritisiert „die Relativierung der Folgen der Digitalisierung, wie man sie bei Grünen, Linken, im BUND und beim NaBu erlebt.“

Wir wollen uns in diesem Artikel vor allem mit den Ausführungen zu den ökologischen Folgen der Digitalisierung beschäftigen. Die Digitalisierung als kapitalistisches Geschäftsmodell wird zur Destruktivkraft: das Internet der Dinge, die mobile Vernetzung von Milliarden Geräten, sind ein Schritt (...) zu noch mehr Wachstumswahn, zur Umweltzerstörung und der Verseuchung von

brauch um den Faktor 5 zunehmen. $5 \times 15\% = 75\%$ mehr Stromverbrauch? Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit wäre das eine Katastrophe.“³ „Nachhaltigkeit ist das wichtigste Kriterium. Pläne, die dazu in Widerspruch stehen, sind kein Fortschritt für die Gesellschaft“, stellt Lutz fest und fordert ein Umdenken. In einer weiteren Analyse schreibt Lutz: „Jüngere Meldungen in Bezug auf die Internet-Währung Bitcoin sind alarmierend. Demnach benötigt das Bitcoin-Netzwerk jährlich 32 TWh Strom – in etwa so viel wie der Staat Dänemark

Ressourcenverbrauch dramatisch in die Höhe treiben. Die riesigen Datenmengen brauchen Energie. Ein autonomes Auto z.B., so schätzen Lange/Santarius (S. 69, S.239), verbraucht am Tag rund 4.000 Gigabyte Daten. Heute liegt der Energieverbrauch der IKT- Technologien am globalen Stromverbrauch bei 10%, bis 2030 wird der Anteil auf mehr als 30% steigen (ebda. S. 34/S. 238).⁵ Die Rechenzentren des Internets stoßen heute wahrscheinlich schon so viel CO₂ in die Luft aus wie der gesamte globale Luftverkehr. Momentan werden so viele Menschen und Geräte vernetzt, dass die globale Kommunikation bis 2025 nach aktuellen Schätzungen mehr CO₂-Emissionen erzeugen wird als jedes Land – mit Ausnahme von China, Indien und den USA.⁶

Der BUND hat eine Studie zum Energieverbrauch der Haushaltsgeräte erstellt und zeigt sich alarmiert: „Die zunehmende Vernetzung von Haushaltsgeräten birgt große ökologische Risiken“, kommentiert Irmela Colaço, Energieexpertin beim BUND, die Ergebnisse. „Sind Haushaltsgeräte rund um die Uhr empfangsbereit, um auf Sprachbefehle oder Signale anderer Geräte zu reagieren, kann das Umwelt und Verbraucher teuer zu stehen kommen“, so Dr. Ralph Hintemann, einer der Studienautoren. „Europaweit kann sich dieser Mehrverbrauch langfristig auf 70 Terawattstunden pro Jahr summieren. Das entspricht dem jährlichen Stromverbrauch aller privaten Haushalte Italiens.“⁷

Jedes Jahr ein neues Smartphone. Der ökologische Rucksack eines Smartphones beträgt 75 kg, fast 500 Mal schwerer als das Gerät selbst. Allein für die deutschlandweit im Jahr verkauften Smartphones entsteht ein Naturverbrauch von 125.000 LKW-Ladungen. Der jährliche weltweite Elektroschrott der IT-Geräte summiert sich auf 46 Megatonnen, das entspricht einer Schrotthalde aller 46 Millionen Autos in Deutschland.⁸ Fast alle Rohstoffe werden unter menschen- und gesundheitsunwürdigen Arbeitsbedingungen gewonnen; ein bekanntes Beispiel ist die Coltan-Produktion, auch durch Kinder, im Kongo.

Die Bundesregierung stellt mit der Digitalisierung die Weichen in Richtung



Karikatur: sfv/Gerhard Mester

Mensch und Natur mit Elektrosmog. Industrie 4.0 wird Arbeitsplätze vernichten. Die Big Five – Amazon, Apple, Facebook, Google und Microsoft – und die großen Mobilfunkmonopole – Telekom, Vodafone und O2 – geben den Takt vor, die Regierungen folgen.

Für die Zukunft unseres Planeten sind die ökologischen Konsequenzen der Digitalisierung existentiell, schreibt Hensinger. Der Energieverbrauch wird durch den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur explodieren. Darauf weist Prof. Josef Lutz (TU Chemnitz) hin: „Im Jahr 2006 wurden bereits 10% des Stroms auf der Welt von der Informationstechnik verbraucht, mit der Perspektive eines starken Anstiegs. 2017 gehe ich eher von mehr als 15% aus. Die „Kitakyushu Research Group for Sustainability“ schätzt: Bis 2025 wird der Datenverkehr um den Faktor 200, der benötigte Stromver-

braucht. Und es ist zu erwarten, dass das Bitcoin-Netzwerk bei den derzeitigen Wachstumsraten bis Anfang 2020 so viel Strom verbrauchen wird, wie die ganze Welt heute verbraucht. ... Auch die als modern geltende Mobilfunktechnik trägt zu hohem Stromverbrauch bei – weniger in den vielen Smartphones, sondern vor allem in den Basisstationen. Beispielsweise entnimmt eine große Telekommunikations-Basisstation der Sendeleistung von 120 W Leistungsaufnahme eine Leistungsaufnahme von mehr als 10 kW aus dem elektrischen Netz. Daraus errechnet sich ein Systemwirkungsgrad von 1,2 %. Das ist aus ingenieurtechnischer Sicht alles andere als modern, eher peinlich.“⁴

Milliarden vernetzter Geräte der Internets of Everything in den Smart Cities, Smart Homes und für das autonome Fahren werden den Energie- und

Beschleunigung der Klimakatastrophe und des sechsten Artensterbens. Die Umsetzung erfolgt derzeit auf kommunaler Ebene. Die meisten Kommunalparlamente wissen gar nicht, welche Folgen entstehen, sondern betrachten dies einfach als Fortschritt. Hier sei nur am Rande erwähnt: die Mikrowellenstrahlung der mobilen Kommunikation ist hoch zelltoxisch. Sie macht Lebewesen krank. Die Städte werden durch tausende neuer 5-G-Sendemasten und WLAN-Hot Spots mit Elektrosmog verseucht.

Was ist die Lösung? Zuerst muss man diese Tatsachen über die Folgen der Digitalisierung anerkennen und man sollte auch fragen: brauchen wir autonom fahrende Autos, die Betreuung durch Alexa, einen Saugroboter, einen sprechenden Kühlschrank? Löst die Digitalisierung nicht Probleme, die wir vorher gar nicht hatten? Wir sollten uns jedenfalls nicht mit dem „kritischen Begleiten“ abfinden und die Umweltverbände sich nicht weiter der Diskussion über die katastrophalen Folgen verschließen.

¹ Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung, Zeile 2182, 07.02.2018

² BAUCHMÜLLER, M; BRAUN, S: Die Leute merken nicht mehr, wie fragil das System ist; Interview mit dem Leiter des TAB des Bundestages Armin Grunwald; Süddeutsche Zeitung, 29.01.2018

³ LUTZ, J (2017): Informationstechnik und Industrie 4.0 unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, Communitydialog, Ausgabe 01-2017 | Februar;

⁴ Lutz J (2018): Langfristige technische Trends und Industrie 4.0 unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, in: Tagungsband der 10. Offenen Akademie, Gelsenkirchen

⁵ LANGE, S; SANTORIUS, T (2018): Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit, München

⁶ Angaben aus <https://internethealthreport.org/2018/das-internet-verbraucht-mehr-strom-als/?lang=de>

⁷ Kurzstudie im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energieuende/energieuende_studie_vernetzte_produkte.pdf

⁸ Smartphones haben eine verheerende Emissionsbilanz. Schadstoffausstoß höher als der von Energiewandlung und Verkehr, https://www.pressetext.com/news/20180306017_06.03.2018

Weitere Informationen:

Die ausführliche Analyse von Peter Hensinger: „Smart City, Smart Home, Smart School. Auf dem Weg zur Totalüberwachung in Stuttgart. Und warum es keiner merken will“ steht zum Download auf: <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1280>



Dokumentarfilm über die Elektroschrottdeponie Agbogbloshie in Ghana, wo Menschen versuchen, unter unmenschlichen Bedingungen zu leben. Kunststoffe zu verbrennen, um an Kupfer oder Gold heranzukommen, bedeutet, die Luft hochgradig zu vergiften und Ressourcen zu vernichten. Wären Notebooks und Smartphones recycelbar konstruiert, könnten sie einfach mit den Kryo-Recycling Verfahren nach Prof. Rosin wieder aufbereitet und die Rohstoffe erhalten werden. Der erbitterte Konkurrenzkampf bei gleichzeitiger Profitmaximierung verhindert dies jedoch.

<http://www.filmstarts.de/kritiken/264698.html>

Kein Vertrauen in die Weltklimagipfel

Gerade drei Jahre ist es her, als das Klima-Abkommen von Paris von den Regierungen als „Durchbruch“ gefeiert wurde. Die damals in Paris anvisierte Begrenzung des Anstiegs der Erdtemperatur auf unter zwei Grad Celsius nimmt allerdings bereits dramatische Veränderung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten in Kauf: den Anstieg des Meeresspiegels, Extremwetter und viele Veränderungen, die heute noch gar nicht eingeschätzt werden können. Aber statt nun durchgreifende Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses zu ergreifen, wurde 2017 weltweit so viel CO₂ wie noch nie emittiert: 41 Milliarden Tonnen. Die BRD, der größte CO₂-Emittent Europas, gab bis Ende März 2018 schon so viel Kohlendioxid ab, wie für ganz 2018 erlaubt ist, wenn man das zwei Grad-Ziel als Grundlage nimmt.¹ Der Klimaforscher Mojib Latif wirft Angela Merkel deshalb zu Recht „Versagen beim Klimaschutz“ vor. „De facto gibt es keinen Klimaschutz, weder weltweit noch in Deutschland.“²

Derzeit steuert die Welt auf einen Anstieg um etwa 3°Celsius zu – und dies auch nur, wenn alle Regierungen ihre versprochenen Klimaschutzbeiträge umsetzen. Die Zahl der Hitzetage über 30°Celsius in Deutschland hat sich verdreifacht und so steigt auch die Zahl der Kreislauftoten. Auch die Meldungen über das Abschmelzen der Gletscher, die Eisschmelze an den Polen, eine weitere Erwärmung der Meere und der Anstieg des Meeresspiegels überschlagen sich.

Der Klimawandel verschärft den bestehenden Wassermangel

Zunehmende und heftigere Extremwetterereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen, Erdbeben oder Tropenstürme werden ganze Regionen und Ernten zerstören, Monsun-Regen werden sich verschieben oder ausbleiben. Der UN-Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) sagt voraus, dass durch den Klimawandel die Was-

serknappheit sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten steigen wird (IPCC 2014).

Der Klimawandel verschlechtert die Gesundheit

Im Hitzesommer 2003 starben in Westeuropa mehr als 50.000 Menschen an den Folgen der extremen Temperaturen. Die Ausbreitung neuer Krankheitskeime und ihrer Überträger ist bereits zu erkennen, darunter verschiedene Zeckenarten, die asiatische Tigermücke und andere Krankheitsüberträger. Damit wächst das Erkrankungsrisiko für Borreliose, ➔



Karikatur: sfv/Gerhard Meister



West-Nil-, Dengue- und Chikungunya-fieber sowie Leishmaniose. In Südeuropa besteht die Gefahr der Ausbreitung tropischer und subtropischer Krankheiten. Außerdem muss mit einem erhöhten Energiebedarf zur Kühlung, mit Ernteinbußen, vermehrten Waldbränden und weniger Strom aus den Wasserkraftwerken gerechnet werden. Aktuell sind einige Regionen gefährdet, zu Halbwüsten und Wüsten zu werden.

Der Raubbau an der „grünen Lunge“ verschärft die Lage noch

Die weltweiten gigantischen Rodungen schränken die Möglichkeiten zur Rückverwandlung des in der Atmosphäre angereicherten CO₂ in Sauerstoff weiter ein. Von dem in Brasilien und Argentinien geplanten großflächigen Sojaanbau profitieren internationale Agrarkonzerne, aber auch deutsche Großmäster und Fleischmonopole. In Indonesien und Malaysia werden die Urwälder für den Export von Palmöl gerodet.

Zu den Profiteuren des Raubbaus an der „grünen Lunge“ der Erde gehört ebenfalls der Bayer-Monsanto-Konzern. Beim Anbau des gentechnisch veränderten Soja wird das giftige Herbizid Glyphosat eingesetzt. In solchen Regionen steigt deshalb die Zahl der Neugeborenen mit Geburtsfehlern, ebenso die Zahl der an Krebs und an den Atemwegen Erkrankten.

Zu wenig erneuerbare Energien

Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren in der gesamten EU bei etwa 17 Prozent. Bis 2030 soll dieser Anteil der aus Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse gewonnen wird, auf 32 Prozent des gesamten EU-Verbrauchs steigen. Mitgliedstaaten und Kommission hatten 27% gefordert, das Parlament 35%. Mit diesen Zielvorgaben wird ein Anstieg der Durchschnittstemperatur um über 3° Celsius sehr wahrscheinlich. Wir brauchen also eine rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien.

Die Bundesregierung als Dienstleister der Konzerne

Die neue Bundesregierung hat bisher auf die Nennung eines Einsparziels verzichtet. Der Klimaschutz wird also den Profitinteressen der deutschen Konzerne untergeordnet. Eine Sprecherin des Bundesumweltministeriums verwies darauf, dass im Pariser Klima-Abkommen ja „keine konkreten Budgets festgelegt“ worden seien. Es sei ja „hinlänglich bekannt und diskutiert“, dass Deutschland „zu viel emittiert“. Ein rascher Ausstieg aus der Braun- und Steinkohleverbrennung werde auf keinen Fall erfolgen, erklärte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). RWE, E.ON und die anderen großen CO₂-Emittenten sind sicher zufrieden.

Sofortmaßnahmen und Widerstand sind notwendig

Im Dezember 2018 sollen im polnischen Katowice die ersten Regeln verabschiedet werden, mit denen die Ernsthaftigkeit nationaler Bemühungen überprüft werden können. Mehr als bedrucktes Papier wird dabei wohl nicht herauskommen. Seit Jahrzehnten verschwenden Politiker aller Couleur kostbare Zeit der gesamten Menschheit und tun nichts, um die Klimazerstörung zu verhindern. Mit Trump in den USA und der Wahl rechter Regierungen, die Klimaschutz ablehnen, sind auch weiter keine Fortschritte beim Klimaschutz zu erwarten. Deshalb sollten wir aufhören, Hoffnungen in die Einsicht von Politikern, Finanz- und Wirtschaftsbossen zu haben. Ein hartnäckiger, weltweiter Widerstand von uns Betroffenen ist notwendig, um die schlimmsten Folgen dieser die Existenz der Menschheit bedrohenden Entwicklung zu verhindern. Die Menschheit will nicht in einer Klimakatastrophe untergehen.

Die Umweltgewerkschaft setzt sich dafür ein, gemeinsam mit allen Kräften, die sich für den Schutz und Erhalt unseres Planeten einsetzen, eine internationale Widerstandsfront aufzubauen.

JOCHEN SCHAAF,
Umweltgewerkschaft Stuttgart

1 <https://www.zeit.de/news/2018-03/28/deutschlands-co2-budget-fuer-2018-bereits-aufgebraucht-180328-99-667536>

2 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erderwaermung-klimaforscher-latif-wirft-merkel-versagen-bei-klimaschutz-vor-15712106.html>

AfD-Gauland: Klimaschutz ist sinnlos

Im ZDF-Sommerinterview am 12.8.2018 behauptete der Rechtsaußen, dass es nichts gegen den Klimawandel gibt, „was wir Menschen machen können“, denn der Klimawandel sei nicht von Menschen gemacht. Er habe auch nicht sehr viel zu tun mit dem Kohlendioxid-Ausstoß der Industrie. In ihrem Wahlprogramm fordert die AfD den Austritt Deutschlands aus dem Pariser Klima-Abkommen. Der AfD-„Umweltfachmann“ Kraft behauptet, es gebe keinen Treibhauseffekt.

Diese Aussagen werden den Bossen der großen CO₂-Emittenten hierzulande gefallen. Die AfD kann sicher weiter mit finanziellen Zuwendungen von deren Seite rechnen. Eine „Quelle“ für die absurden Behauptungen der AfD-Politiker ist der Verein EIKE e.V. in Jena. Dieser arbeitet mit Klimaskeptikern in den USA wie dem Heartland-Institute und CFACT (Committee for a Constructive Tomorrow – Komitee für eine konstruktive Zukunft) zusammen. Deren Arbeit wird von superreichen Klimaleugnern in den USA und von Industrien wie der Öl-, Kohle- und Gasindustrie finanziert. Die AfD fordert ein Ende von Klimaschutzmaßnahmen und den regenerativen Energien. Sie will mehr Kohle- und Atomkraftwerke und fordert Fracking. Gauland sagt den Umweltschutzorganisationen den Kampf an, denn ihre Arbeit sei nicht „zielführend“. Offensichtlich will die AfD, dass sich die Menschen widerspruchslos und widerstandslos mit der Zerstörung unseres Planeten abfinden.

Die Politik der AfD ist menschenverachtend und kriminell.

Aufruf der Umweltgewerkschaft zum Weltklima-Aktionstag 2018 in Deutschland

Beschleunigter Übergang in die globale Klimakatastrophe muss dringend gestoppt werden! Organisiert breite Proteste zum Weltklima-Aktionstag am 8. Dezember 2018 in allen größeren Städten!



Die Hitzewelle 2018 in Deutschland bis hinauf nach Skandinavien sprengte alle Rekorde in Bezug auf Dauer und Temperaturen. Selbst am Polarkreis wurden 30 Grad gemessen! Die neueste Studie des „Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung“ warnt vor einer „Heißezeit“ mit bis zu 5 Grad höheren Durchschnittstemperaturen in wenigen Jahrzehnten. Doch Umweltministerin Svenja Schulze erklärte kürzlich, dass die „Klimaziele“ in Deutschland für das Jahr 2020 „verfehlt“ werden, anstatt alles zu tun, das Ruder noch herumzureißen! US-Präsident Trump verkündete im Sommer 2017 den Austritt der USA aus dem sowieso schon völlig unverbindlichen „Pariser Klima-Abkommen“. Doch überall auf der Erde zeigen immer krassere regionale Extremwettererscheinungen, dass die verheerende Klimaveränderung längst stattfindet. Wechselwirkungen mit anderen Umweltzerstörungen, etwa die fortschreitende Regenwaldvernichtung oder die immer umfangreichere Massentierhaltung, beschleunigen diesen Prozess zusätzlich. Es droht eine globale Klimakatastrophe, die die Existenz der ganzen Menschheit gefährdet. Radikale Sofortmaßnahmen sind nötig! Diese sind aber bei der 24.UN-Weltklimakonferenz („COP24“) vom 3. bis zum 14. Dezember in Katowice/Polen erneut

nicht zu erwarten. Die polnische Regierung will sogar mit drakonischen Maßnahmen gegen Klima-Proteste während der Konferenz vorgehen! **Eine globale Umwelt- und Klimakatastrophe wird mutwillig in Kauf genommen.**

Weltweiter Widerstand dagegen! Jede und Jeder kann und muss dazu beitragen, es ist unsere Umwelt, es ist unsere Zukunft. So muss es auch unser aller Widerstand werden!

Organisieren wir am 8.12. regionale Protestdemonstrationen in allen größeren Städten Deutschlands! Den Protesten zum Weltklimagipfel in Katowice gehört unsere Solidarität!

Wir fordern drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz:

- 🌍 **Der Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen muss radikal reduziert werden!**
- 🌍 **Eine rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien!**
- 🌍 **Die schnellstmögliche Umstellung auf ein Verkehrssystem, das auf die Nutzung fossiler Brennstoffe verzichtet!**
- 🌍 **Eine sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber!**

BUNDESVORSTAND UMWELTGEWERKSCHAFT
2.9.2018

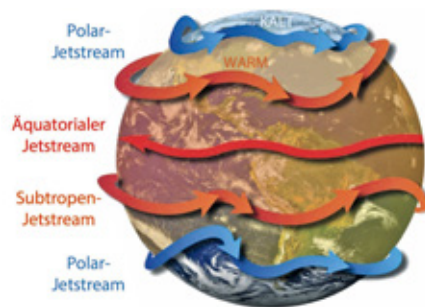
Auf dem Weg in die „Heißezeit“?

In einer aktuellen Studie warnen internationale Wissenschaftler wie der Direktor des Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Schellnhuber und andere vor der Gefahr einer langfristig drohenden „Heißezeit“ mit 4°C bis 5°C höheren Temperaturen sowie durch einen Meeresspiegelanstieg um 10 m bis 60 m. Der Übergang zu einer emissionsfreien Weltwirtschaft müsse deshalb deutlich beschleunigt werden. Selbst bei Umsetzung der im Pariser Abkommen festgelegten Pläne zur Minderung von Treibhausgasemissionen bleibe ein Risiko, dass der Planet durch verschiedene Rückkopplungsprozesse in einen Zustand gerät, den die Forscher als „Hothouse Earth“ bezeichnen. In einer Presseerklärung des PIK vom 6.8.2018 heißt es: „Industrielle Treibhausgasemissionen sind nicht der einzige Faktor, der die Temperatur auf der Erde beeinflusst. Unsere Arbeit weist darauf hin, dass eine vom Menschen verursachte globale Erwärmung von 2°C andere Prozesse des Erdsystems anstoßen könnte, die oft als Rückkopplungen bezeichnet werden. Diese wiederum könnten die Erwärmung weiter vorantreiben, selbst wenn wir aufhören, Treibhausgase auszustoßen“, sagt Leitautor Will Steffen von der Australian National University (ANU) und dem Stockholm Resilience Centre (SRC). „Um dieses Szenario zu vermeiden, ist es notwendig, das menschliche Handeln in eine neue Richtung zu lenken, von der Ausbeutung zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Erdsystem.“ ... Die Autoren der Studie betrachten zehn natürliche Rückkopplungsprozesse, von denen einige mit den sogenannten Kippelementen im Erdsystem verknüpft sind. Durch das Überschreiten kritischer Schwellen könnten diese in fundamental andersartige Zustände versetzt werden. Die Rückkopplungen könnten z.B. Kohlenstoffspeicher in Kohlenstoffquellen verwandeln, die in einer entsprechend wärmeren Welt unkontrolliert Emissionen freisetzen würden. Zu den kritischen Prozessen gehören insbesondere tauender Permafrost, der Verlust von Methanhydraten vom Meeresboden, eine Schwächung von Kohlenstoffsinken an Land und in den Ozeanen, eine zunehmende bakterielle Atmung in den Ozeanen, das teilweise Absterben des Amazonas-Regenwaldes sowie der borealen Wälder, eine Verringerung der Schneedecke auf der Nordhalbkugel, der Verlust von arktischem und antarktischem Meereis sowie das Schrumpfen der großen Eisschilde. Die ausführliche Presseerklärung unter <https://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/auf-dem-weg-in-die-heissezeit-planet-koennte-kritische-schwelle-ueberschreiten>.

Extremwetterlagen häufen sich

Die sehr hohen Temperaturen, unter denen die nördliche Hemisphäre im Juli und August 2018 gelitten hat, war eine neue Wettererscheinung. ZDF-Meteorologe Özden Terli: „In 17 Jahren Wettervorhersage habe ich so etwas noch nicht erlebt. Die Hochs sind äußerst stabil und der Jetstream ist schwach und kann sie nicht wegschieben.“ Extremwetter gibt es schon einige Jahre, z.B. die extreme Hitze in Europa 2003, die katastrophale Dürre mit heftigen Waldbränden in Russland 2010 und gleichzeitig die großräumigen Überflutungen in Pakistan und einige lange, kalte Winter in Europa und Nordamerika in den letzten Jahren. Diese Ereignisse hatten eins gemeinsam: *Über Wochen hinweg herrschte die gleiche Wetterlage.* Durch die lange Dauer richteten Hitze, klirrende Kälte oder Regen große Schäden an und kosteten viele Menschen das Leben.

Der Temperaturunterschied zwischen den heißen Tropen- und den kalten Polarregionen treibt einen polwärts gerichteten Wind in 10 bis 15 km Höhe an, den Jetstream. Durch die Erdrotation wird er nach Osten abgelenkt. So werden die Wettergebiete um die Erde transportiert. Für das Wetter auf der



nördlichen Hemisphäre ist hauptsächlich der polare Jetstream verantwortlich.

Da sich Nordpol und Arktis stärker erwärmen als der Rest der Erde, lässt dieser Antrieb nach. Der Jetstream wird schwächer und dadurch instabil: Er bil-

det in erhöhtem Maß Ausbuchtungen nach Norden und Süden. Diese Ausbuchtungen (Mäander) verharren über Wochen an Ort und Stelle und verursachen auf diese Weise Extremwetterlagen. Für seriöse Wissenschaftler ist deshalb klar, dass die Klimaerwärmung die Ursache dieser Veränderungen ist.

Wie haben die Politik und ein Großteil der Medien auf die dramatische Entwicklung reagiert? Regierung und die bürgerlichen Parteien haben das Ereignis fast völlig ignoriert. Dabei geht es um die zukünftigen Lebensbedingungen für uns Menschen. Politische Entscheidungen für wirkungsvollen Klimaschutz gab es in der gesamten Zeit keine. Aber Innenminister Seehofer durfte gegen Flüchtlinge hetzen und die GroKo beschloss Maßnahmen, mit denen afrikanische Flüchtlinge in Afrika festgehalten werden. Die Medien haben die Bevölkerung über das wahre Ausmaß dieses Extremwetters nicht informiert, wohl in der Absicht, die Entwicklung herunterzuspielen. Soll so auch in Zukunft mit den Folgen der Klimazerstörung umgegangen werden? Herunterspielen und verharmlosen?



Täuschungsmanöver „Verschmutzungsrechte“

Vorwort der Redaktion:

„Laut EU-Kommission ist der Emissionshandel die „tragende Säule der EU-Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels“. Der Plan, Treibhausgase durch Handel mit „Verschmutzungsrechten“ zu reduzieren, ist jedoch längst gescheitert. So lagen die CO₂-Emissionen 2013 um 61 Prozent über dem Niveau von 1990.

Von der EU wurden fünf Industrien zum Emissionshandel verpflichtet, die die Hälfte der Treibhausgase ausstoßen: Chemie, Stahl, Glas, Papier und Zement. Der Verkehr war ausgeklammert. Was die EU hier als „tragende Säule“ herausstellt, ist nichts anderes als dreister Betrug. Der Emissionshandel mit Verschmutzungsrechten ist in erster Linie eine Profitquelle für die Konzerne!

Sie bekamen die Zertifikate erst einmal geschenkt und verkaufen sie im internationalen Emissionshandel für Extraprofit! Unter dem Vorwand, Nachhaltigkeit und saubere Technologien in Entwicklungsländer zu übertragen, entwickelte die UN ein spezielles Programm: CDM (Clean Development Mechanism). Dies sind Projekte des Kapitalexports, die mit Zertifikaten bedacht werden. 78 Prozent aller Projekte finden in den BRICS-Staaten statt, 54 Prozent allein in China. Dreist wurden Kohlekraftwerke in Indien und China als CDM-Projekte angemeldet, weil sie weniger CO₂ ausstoßen würden als ältere Kraftwerke.

Das Recht, die Luft mit einer Tonne Kohlendioxid zu verschmutzen, kostete die Konzerne in der Finanz- und Wirtschaftskrise gerade mal 2,75 Euro! So billig konnten sie die Welt noch nie verschmutzen und das Weltklima anheizen. Seit dem wird die Klimakrise zum »Klimawandel« kleingeredet und von der EU „Anpassungsstrategien“ großgeredet. “

zitiert nach: Homepage Umweltgewerkschaft unter „moderne Wissenschaft und Kreislaufwirtschaft“

Täuschungsmanöver 1:

Die europäische Stahlindustrie ist prozesstechnisch schon auf dem höchsten Stand der Emissionsvermeidung.

Die Stahlkonzerne führen zur Frage der Emissionen an: „[...] es gibt eine Mindestmenge an Kohlenstoff sowie daraus folgend eine Mindestmenge an CO₂-Emissionen bei der Eisen- bzw. Stahlherstellung über die Hochofenroute, die aufgrund der Naturgesetze nicht unterschritten werden kann. Die

um Phantastereien. Doch auch die europäischen Stahlkonzerne verweigern die Umstellung.

Täuschungsmanöver 2: Die Umweltauflagen verursachen zu hohe Kosten und gefährden Arbeitsplätze und ganze Standorte

Bereits mehrmals waren die Emissionen und der „Emissionshandel“ ein großes Thema. Stahlarbeiter wurden sogar nach Brüssel mobilisiert um „höhere Auflagen für die Stahlindustrie



Kopf hoch! Wir haben alles im Griff ...

Stahlindustrie muss also weltweit versuchen, dieses prozesstechnische Minimum zu erreichen. In vielen modernen, insbesondere europäischen Produktionsanlagen, ist das jedoch schon weitgehend erreicht, [...]“. In unserem Magazin PERSPEKTIVE berichteten wir von neuen technischen Entwicklungen, die es ermöglichen, die Emissionen bei der Schmelze des Eisenerzes um über 90 % zu senken. In Südkorea wird diese Technik (Finex-Verfahren) bereits angewandt, es handelt sich also nicht

zu vermeiden, denn das würde die Arbeitsplätze und ganze Standorte gefährden“. In einer Erklärung mehrerer Unternehmerverbände hieß es dazu: „Wenn die Pläne der EU-Kommission zur Versteigerung der Emissionsrechte Wirklichkeit werden, kommen auf die energieintensiven Industrien in Deutschland gewaltige Kosten zu: Um mehr als 7 Milliarden Euro pro Jahr würde sich ihre Produktion verteuern.“

Ein Blick hinter die Kulissen des Emissionshandels! „Das Kyoto-Protokoll →

Karikatur: sfv/Gerhard Mester

schrieb als Hauptmethode die ‚marktwirtschaftliche‘ Regulierung durch den Handel mit Rechten für CO₂-Emissionen fest [...] Die internationalen Monopole nutzten den Zertifikathandel mit schmutziger Luft für ein Milliardengeschäft. „[...] Das internationale Finanzkapital hat den Emissionshandel zum Spekulationsobjekt gemacht. Eine neue Branche ist entstanden: Beraterfirmen, Gutachter und zurzeit mehr als 10.000 Händler allein auf der Handelsplattform ICE Futures Europe.“



(Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur? S. 114ff)

1. Die Zuteilung von Zertifikaten erfolgte unter anderem für die Stahlkonzerne kostenlos und über das Maß der Emissionen hinaus. Das heißt: die Stahlkonzerne konnten noch mit den Zertifikaten eifrigen Handel betreiben.

Das gemeinnützige Londoner Institut Sandbag hat den Emissionshandel gründlich untersucht, beweist das genaue Gegenteil und spricht beim Emissionshandel vom „Klimagoldesel“. Durch den Zertifikatshandel konnten unter anderem die Stahl-Branchen mit dem Emissionshandel zusätzliche Profite erzielen. Die überschüssigen kostenlosen CO₂-Zertifikate wurden verkauft oder umgetauscht und CO₂-Kosten, welche die Konzerne gar nicht hatten, reichten sie trotzdem zu guten Teilen an ihre Kunden weiter. Allein die Eisen- und Stahl-Industrie habe dadurch im Jahr 2014 etwa 77 Millionen Euro und im Jahr 2015 rund 45 Millionen Euro erhalten.

Sandbag hat nach eigenen Berechnungen die Top Ten der Profiteure des Emissionshandels veröffentlicht (siehe Tabelle) und kommt zu folgendem Ergebnis:

Auf diese Top Ten verteilen sich 60,2 Millionen überschüssige Emissionsgutschriften.

Die überschüssigen Gutschriften der Top Ten belaufen sich bisher auf einen geschätzten Wert von 782 Millionen Euro.

Speziell die eisen- und stahlproduzierenden Firmen hatten von 2008 bis 2010 einen Überschuss von 50,4 Millionen Zertifikaten, mit einem geschätzten Wert von 654,6 Millionen Euro.

Mit der angeblichen „Gefährdung der Arbeitsplätze und ganzer Standorte“ durch die Umweltauflagen erweist sich als irreführenden Rechtfertigungsversuch der Stahlkonzerne für den Arbeitsplatzabbau, den sie aus reinem Profitinteresse erreichen wollen. Tatsächlich realisieren die Stahlkonzerne noch Extraprofite aus dem Emissionshandel.

Täuschungsmanöver 3: Die Umstellung auf neue Produktionsverfahren in der Eisen- und Stahlindustrie kostet massenhaft Arbeitsplätze.

Tatsache ist, mit dem neuen Finex-Verfahren werden zur Roheisenschmelze keine Kokereien und Sinteranlagen mehr gebraucht. Diese Arbeitsplätze würden wegfallen. Die Umrüstung der Stahlindustrie und die dringend notwendige Beseitigung der bereits entstandenen Umweltschäden würden gleichzeitig im großen Umfang neue Arbeitsplätze schaffen. Bei Forderungen für mehr Umweltschutz ist es wie bei Lohnforderungen: Wenn die Konzerne um ihre Profite

fürchten, spielen sie ihr finstere Spiel mit der Sorge der Beschäftigten um die Arbeitsplätze, mit dem Ergebnis weiterer Umweltzerstörung und dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen.

Täuschungsmanöver 4: Mit dem Emissionshandel soll die CO₂-Emission gesenkt werden und Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden.

Seitdem der Emissionshandel eingeführt ist, hat sich der CO₂-Ausstoß bis 2013 um über 60% erhöht. Der Emissionshandel selbst wird auf Kosten einer weiteren Umweltzerstörung ausgetragen! Der Emissionshandel beweist selber, dass im Kapitalismus kein Einklang von Ökonomie und Ökologie herzustellen ist, da im Kapitalismus der Profit über allem anderen steht. Erst in einer gesellschaftlichen Alternative, in der dieses Profitgesetz nicht mehr gilt, ist es möglich die Einheit von Ökonomie und Ökologie zu verwirklichen.

Fazit: Gerade die Arbeiter*innen haben vielfache Erfahrung damit gemacht, wie Konzernherren versuchen sie hinter das Licht zu führen. Sie versuchen nicht nur immer mehr aus den Beschäftigten herauszuholen, auf Kosten ihrer sozialen und gesundheitlichen Situation, sondern mit der Zerstörung der Umwelt die ganze Zukunft zu ruinieren. Die industriellen Großbetriebe sind die Hauptverursacher der Umweltzerstörung. Und so sind es gerade die Arbeiter*innen, die über die Fragen ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen, die Auseinandersetzung um die Umwelt annehmen und sich an die Spitze des Kampfes zur Rettung des Planeten Erde als Lebensgrundlage der Menschen stellen müssen. Die Organisation in der Umweltgewerkschaft ist dazu ein Schritt für die Orientierung abseits von der Profitlogik und der Organisation eines gemeinsamen Widerstandes von Arbeiter- und Umweltbewegung.

JOACHIM KOENEN
Umweltgewerkschaft Dortmund

Ende des Jahres will die Ruhrkohle AG (RAG) die letzten beiden Zechen in Deutschland stilllegen.

Seit den 1980er Jahren verbrachte die RAG mit Zustimmung der damaligen rot-grünen NRW-Landesregierung über 1,6 Millionen Tonnen Giftmüll unter Tage, vor allem hochgiftige Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen. Außerdem lagern dort über 12.000 Tonnen PCB, eines der zwölf giftigsten Stoffe der Erde. Die letzten beiden Zechen – Bottrop und Ibbenbüren – sollen geschlossen, das Abpumpen des Grubenwassers zurückgefahren



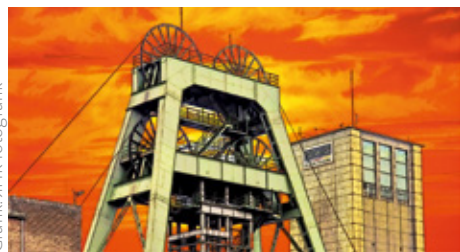
Karikatur: stvcehard Mester

des Immunsystems hervorrufen können. Durch die Flutung dringt Wasser in Gebirgsschichten ein, die vorher nicht wasserführend waren. Diese Schichten werden beweglicher und es kann zu Erdbeben kommen. Das Einleiten von

Die RAG behauptet, das Wasser würde nur nach unten fließen. Die Giftstoffe würden sich an Schwebteilchen heften und nach unten sinken. Tatsächlich besteht ein natürlicher Gebirgsdruck, wodurch Wasser auch nach oben fließen kann. Durch die Temperaturunterschiede – in 1000 Meter Tiefe ist es ca. 30 Grad wärmer – gibt es sogenannte Thermalwasseraufstiege.

Die RAG will das Grubenwasser zukünftig in NRW nur noch an zwei Stellen in Flüsse einleiten. Unter Tage werden Rohre verlegt, die das Wasser an die entsprechenden Stellen leiten sollen. Diese Rohre werden aufgrund des Mineralgehalts

Wir akzeptieren die Zechenschließungen nicht! Gegen die Flutung der Schachtanlagen durch die RAG!



Grafik: aHR fotografie

und die Schächte verfüllt werden. Dies ist eine Gefahr für das Grundwasser und bedeutet die Vernichtung von ca. 5.000 Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Ruhrgebiet. Auch der wertvolle Rohstoff Steinkohle wäre für die Nutzung für sinnvolle industrielle Zwecke in Zukunft verloren. Die RAG lässt Kohle aber weiter um die halbe Welt transportieren, die unter katastrophalen Bedingungen für Mensch und Natur gefördert wird. Mit der Stilllegung aller Zechen entsteht zudem für die RAG die Möglichkeit, die Kohleflöze zu fracken.

Was sind die Gefahren?

Aktuell pumpt die RAG das Grubenwasser aus den Schächten ab und leitet es im Ruhrgebiet in Lippe, Emscher, Rhein und Ruhr ein. Durch das Einstellen bzw. Zurückfahren des Abpumpens will die RAG das Grubenwasser nun auf ca. 500 Meter ansteigen lassen. Damit würde der unter Tage eingelagerte Giftmüll geflutet. Eine Vermischung des Giftes mit dem Grundwasser ist nicht auszuschließen und hat unkalkulierbare Folgen. Im Giftmüll sind unter anderem Dioxine, Furane und PCB enthalten, die krebserregend sein können und u.a. auch neurologische Störungen und Veränderungen

Grubenwasser ist schließlich generell kritisch, da es sehr salzhaltig ist.

Auch im Saarland will die RAG das Grubenwasser in weiteren stillgelegten Gruben ansteigen lassen, um Kosten bei den sogenannten Ewigkeitskosten zu sparen. Messungen in Flüssen mit aus bereits gefluteten Bergwerken eingeleitetem Wasser ergaben PCB-Werte, die an manchen Stellen weit über den Normwerten für Fließgewässer liegen.

In Lothringen/Frankreich wurden vor Jahren die Wasserhaltungen abgeschaltet und mussten jetzt wieder in Betrieb genommen werden. Trotz aller Versprechungen der französischen Bergbauunternehmen, stieg das Wasser entgegen den Berechnungen unkontrolliert an, es kam zu Versumpfungen von Wiesen und teilweise standen Keller unter Wasser.

Die RAG verharmlost das Problem

Die RAG argumentiert, dass eine Verfüllung der Schächte in NRW mit einem Betongemisch eine Vermischung des Giftmülls mit dem Grundwasser verhindere. „Sperrschichten“, wie etwa der Emscher-Mergel, seien ebenfalls undurchlässig. Auch das stimmt nicht. Der Emscher-Mergel ist eine Tonschicht, die durch Kalksteine versetzt, durchlässig ist.

des Grubenwassers mit der Zeit verstopfen und der Wasserfluss ist damit nicht gewährleistet.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um eine mögliche Umweltkatastrophe zu verhindern?

Mit ihren Plänen bedroht die RAG die Menschen und die Umwelt. Um das zu verhindern müssen die Schächte in NRW hergerichtet und trocken gehalten werden. So kann eine Vermischung des Grund- und Trinkwassers mit dem Giftmüll verhindert werden. Der Giftmüll muss auf Kosten der RAG entsorgt werden. Schließlich bekam die RAG damals bis zu 500 DM pro Tonne Müll, die sie unter Tage eingelagert hat. Des Weiteren ist eine Filterung und Entsalzung des Grubenwassers notwendig, bevor es in Flüsse in NRW und im Saarland eingeleitet wird.

Kampf um Arbeitsplätze und Umweltschutz!

Tausende Arbeitsplätze würden mit der Zechenschließung verloren gehen, nicht nur im Bergbau, sondern auch bei den Zuliefererfirmen. Das reiht sich ein in eine Kette von Werksschließungen und Arbeitsplatzvernichtung im Ruhrge- ➔

Fahrverbote sind ein Ablenkungsmanöver!

**Sofortige Nachrüstung
aller Dieselfahrzeuge
mit SCR-Kat
auf Kosten der Autohersteller**

**Einführung und Ausbau
des gebührenfreien ÖPNV**

**Kampf um jeden Arbeitsplatz
Für Arbeitszeitverkürzung
bei vollem Lohnausgleich**

**Rasche Umstellung auf Antriebe
mit erneuerbaren Energien
Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor**



UMWELTGEWERKSCHAFT.ORG

biet, wie bei Nokia und Opel. Es hat sich inzwischen eine Bewegung gebildet, die die Schließung der Gruben nicht akzeptieren will und den Kampf um jeden Arbeitsplatz führt. Die Umweltgewerkschaft unterstützt dies und ist Teil dieser Bewegung.

Gegen die Arbeitsplatzvernichtung fordert die Umweltgewerkschaft die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen.

Wir akzeptieren die Zechenstilllegung nicht! Prosper und Ibbenbüren müssen bleiben! Offenhaltung der Schächte! Keine Flutung von Auguste Victoria und anderen Zechen! Nein zu Fracking! Kein Giftmüll und PCB im Grund- und Trinkwasser! Für Arbeits- und Ausbildungsplätze – und die Zukunft unserer Jugend!

Die Stilllegung des gesamten subventionierten europäischen Steinkohlebergbaus Ende 2018 scheint unwiderruflich. Damit werden zigtausend qualitativ hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet und eine ganze Branche liquidiert. Mit der Flutung der Zechen ist der Zugang zum wertvollen Rohstoff Kohle gekappt. Die Gefahr einer regionalen Umweltkatastrophe droht. 1997 hat die entschlossene Kampfkraft der Kumpel den Plan des damaligen Kanzlers Kohl zur Liquidierung des Steinkohlebergbaus durchkreuzt. 2014 hat unsere Kampfeinheit gegen das EU-Gesetz zur vorgezogenen Stilllegung der RAG und EU zum Nachgeben bewegt. Kumpels steht auf! Weltweit sind wir viele! Ihr habt es in der Hand! Mit meiner Unterschrift unterstütze ich diese breite kämpferische Bewegung und den Kampf um seine Verwirklichung!

Weitere Informationen unter info@minersconference.org

Nr.	Name	Straße, Hausnummer	PLZ, Stadt	Telefon/E-mail	Unterschrift	Info*Mein Beitrag
1						
2						
3						

Zum Beispiel sind Arbeitsplätze nötig für die Herrichtung und Instandhaltung der untertägigen Strecken, der Aufrechterhaltung der Wasserhaltung und der Pumpenanlagen sowie bei Filteranlagen und der Entsalzung des Grubenwassers. Zudem müssen neue Arbeitsplätze im Umweltschutz geschaffen werden, beispielsweise bei der Umstellung auf 100% erneuerbare Energien und dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Arbeitsplätze und Umweltschutz dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden!

Protest entwickelt sich – Jetzt mitmachen!

Von einigen Umweltschützer*innen werden die Zechenschließungen als Beitrag zum Umweltschutz begrüßt. Ein Stopp der Kohleverbrennung ist richtig, aber die wird nicht durch die Zechenschließungen in Frage gestellt. Kohle wird wie oben beschrieben aus anderen Ländern importiert. Der Rohstoff Kohle ist viel zu schade zum Verbrennen. Steinkohle kann beispielsweise als Aktivkohle für die Filtertechnik genutzt werden oder als leichtes Material für die Herstellung von Produkten wie Fahrräder, oder Carbonbeton, der u.a. korrosionsbeständiger ist als Stahlbeton.

Im Saarland und im Ruhrgebiet entwickelt sich ein breiter und überparteilicher Protest. Im Saarland gibt es über



6.000 Einwendungen und kritische Stellungnahmen von Bürger*innen bis hinein in die CDU aus Sorge um die Trinkwasservergiftung und weiterer Bergschäden. Die Volksinitiative im Saarland fordert einen sofortigen Stopp der Grubenflutungen und ein klares Bekenntnis der RAG und der Behörden

zu einer zwingend notwendigen Grubenwasserreinigung. Im Ruhrgebiet hat der Bergmann Christian Link wesentlich dazu beigetragen, den Giftmüllskandal aufzudecken. Ein Marler Bürger hat gemeinsam mit einer Bürgerversammlung gegen die Flutung von Auguste Victoria in Marl Klage gegen die RAG eingereicht. Von einer allgemeinen Akzeptanz der Zechenschließung kann nicht die Rede sein!

Mit einer Unterschriftenliste werden aktuell viele weitere Mitstreiter*innen mobilisiert, um für den Erhalt der Zechen und gegen die Flutung des Giftmülls zu kämpfen – gegen Resignation und Nostalgie, die von RAG und den Regierungsparteien verbreitet werden.

Wir akzeptieren die Zechenschließungen nicht! Kohle ist zu schade zum Verbrennen! Keine Flutung der Schächte! Keine Giftmüllleinlagerung unter Tage! Kampf um Arbeitsplätze und consequenten Umweltschutz! Schutz des Grund- und Trinkwassers! Aufrechterhaltung der Wasserhaltung auf Kosten der RAG!

UMWELTGEWERKSCHAFT
MARL/RECKLINGHAUSEN



Bergarbeiterstreik im März 1997

Er brachte die Pläne der damaligen Kohl-Regierung zu Fall, den Steinkohlebergbau einzustellen und 68 000 Kumpel zu entlassen. Er zeigte, dass „die da oben“ nicht einfach und ewig machen können, was sie wollen, wenn sich die



Bergarbeiter-Kampf 1997. Kumpel der Zeche Ewald sperren die Autobahn und entzünden Mahnf Feuer auf der Halde.

Arbeiter einig sind und auf ihre eigene Kraft vertrauen.

Die Kumpel organisierten eine Vielzahl von Protestaktionen. Bei einer 100 Kilometer langen Menschenkette mit 220 000 Beteiligten brachte die Bevölkerung zum Ausdruck: Das ganze Ruhrgebiet steht hinter den Bergarbeitern. Die Bergarbeiter und ihre Familien waren nicht bereit, dem Kniefall der rechten Gewerkschaftsführung der IG Bergbau und Energie (heute IG BCE) mit ihrem Angebot zu folgen, auf 45 000 Arbeitsplätze kampfflos zu verzichten. Sie griffen am 7. März zur scharfen Waffe des Streiks.

Ausgehend von der Zeche Hugo begannen sie den erbitterten Kampf. An Ruhr, Rhein und Saar schlossen sich umgehend 130 000 Bergleute



Bergarbeiter-Kampf 1997. Motorradcorso.

dem selbständigen Streik an. Sie blockierten Autobahnen, Kanäle, zwei Bahnhöfe, besetzten zeitweilig den Dortmunder Flughafen und stürmten die Bannmeile des Bonner Regierungsviertels.

Die Solidarität der Menschen in ganz Deutschland wuchs. Andere Arbeiter traten in den Solidaritätsstreik. Mit Lug und Trug konnte der Streik beendet werden. Er läutete gleichzeitig das Ende der Kohl-Regierung ein.

(aus einem Flugblatt der überparteilichen Bergarbeiterbewegung „Kumpel für AUF“ zu einer Veranstaltung zum Streik am 6.10.2018)

Erfolgreicher Infostand zur Schließung der letzten Steinkohlezechen

Mit zahlreichen Kurzreden und Musik führten wir am 2.6.2018 in der Fußgängerzone bei großem Publikumsverkehr einen eindrucksvollen Stand mit neun Mitgliedern der Umweltgewerkschaft durch. Mit dabei war ein ganz neues Mitglied. Wir sammelten offensiv Unterschriften gegen die Schließung der beiden letzten Steinkohlezechen und gegen die von der RAG (Ruhrkohle AG) geplante Zechenflutung.

Von den Passanten, die stehen blieben, haben 88 unterschrieben. Besonders hervorzuheben ist: 18 von ihnen wollen weiter über die Sache und auch über die Umweltgewerkschaft informiert werden. Das Thema wurde mit Interesse aufgenommen. Neben dem Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen bei den Bergleuten und noch mehr in der Zulieferindustrie und neben den eingeschränkten Zukunftschancen der Jugend, stieß vor allem die Umweltfrage auf Empörung, dass mutwillig von der

RAG eine große Umweltkatastrophe in Kauf genommen wird, wenn z.B. das Grubenwasser die Gifte unter Tage nach oben spült und mit dem Grundwasser in Kontakt kommt. Wir erhielten große Zustimmung, dass dies verhindert werden muss. Außerdem stieß auf breites Unverständnis, dass hier moderne Zechen geschlossen werden, während gleichzeitig die Kohle unter zum Teil miserablen Bedingungen in anderen Ländern gefördert und nach Deutschland importiert wird. Es geht immer nur um den Höchstgewinn. Dass die Kohle ein wichtiger und vielseitig verwendbarer Rohstoff ist, der nicht verbrannt werden darf, war für einige der Zuhörer etwas Neues. Vor allem das von uns gesungene und von Gitarrenmusik begleitete Steiger-Lied berührte die Menschen tief. Denn wir wiesen darauf hin, dass wir das Lied nicht als Abgesang auf den Bergbau verstehen, wie es zur Zeit die Politik und leider auch die IG BCE tut. Wir wollen uns mit dem Lied für den Erhalt der letzten Zechen einsetzen. Wir wollen auf jeden Fall die Unterschriftensammlung weiter unterstützen, damit es wie im Saarland auch im Ruhrgebiet und in NRW zu einer Massenbewegung kommt.

UMWELTGEWERKSCHAFT GELSENKIRCHEN-BOTTROP-GLADBECK

**Wir akzeptieren die Zechenstilllegung nicht!
Prosper und Ibbenbüren müssen bleiben!
Offenhaltung der Schächte! Keine Flutung
von Auguste Victoria und anderen Zechen!
Nein zu Fracking! Kein Giftmüll
und PCB im Grund- und Trinkwasser!
Für Arbeits- und Ausbildungsplätze –
und die Zukunft unserer Jugend!**

Die Stilllegung des gesamten subventionierten europäischen Steinkohlebergbaus

Ende 2018 scheint unwiderruflich. Damit werden zigtausend qualitativ hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet und eine ganze Branche liquidiert. Mit der Flutung der Zechen ist der Zugang zum wertvollen Rohstoff Kohle gekappt. Die Gefahr einer regionalen Umweltkatastrophe droht. 1997 hat die entschlossene Kampfkraft der Kumpel den Plan des damaligen Kanzlers Kohl zur Liquidierung des Steinkohleberg-

baus durchkreuzt. 2014 hat unsere Kampfeinheit gegen das EU-Gesetz zur vorgezogenen Stilllegung die RAG und EU zum Nachgeben bewegt. Kumpels steht auf! Weltweit sind wir viele! Ihr habt es in der Hand! Mit meiner Unterschrift unterstütze ich diese breite kämpferische Bewegung und den Kampf um seine Verwirklichung!

Weitere Informationen unter info@minersconference.org, Abb. >>> Seite 20

Unterschriftensammlung für den Erhalt des Steinkohle-Bergbaus und gegen seine Flutung

Wir arbeiten in Dortmund zusammen mit „Kumpel für AUF“, gegen die Schließung und Flutung des Bergbaus. Die letzte Zeche in Dortmund, Minister Stein, schloss 1987.

Auch in der montanverbundenen Stahlindustrie existiert kein Hüttenbetrieb mehr. Eine Industrie, die in rund hundert Jahren aufgebaut wurde, wurde in rund dreißig Jahren fast vollständig vernichtet. Das wirtschaftliche Gefüge der Stadt hat sich dadurch sehr verändert.

Das findet sich in unseren Gesprächen mit den Dortmunder Bürgern seinen Niederschlag.

Ein Teil der Menschen fühlt sich der Tradition des Bergbaus noch eng verbunden. Unter ihnen konnten wir viele Unterschriften und auch Interessenten für die Umweltgewerkschaft gewinnen.

Ein anderer Teil lehnt die Weiterführung des Bergbaus ab. Unter ihnen gibt es folgende Unterschiede: Manche würden gegen die Flutung unterschreiben, tun es aber nicht wegen der Weiterführung des Bergbaus. Andere lehnen die Weiter-

führung des Bergbaus sehr heftig ab. Es sind Leute, die mit der Montanindustrie nie zu tun hatten und nie eine Verbindung dazu entwickelt haben.

Die Absicht der RAG, den Bergbau zu fluten, war insgesamt noch wenig bekannt. Viele hörten davon zum ersten Mal. Die Aufklärung darüber brachte viel Empörung hervor.

Ein weiterer Faktor ist, dass der Begriff Kohle mit dem Begriff Energie (= Kohlekraftwerk) assoziiert wird und begrifflich negativ besetzt ist. Über die ökologisch sinnvolle Nutzung der Steinkohle ist wenig bekannt. Leider geht die Unterschriftenliste von „Kumpel für AUF“ darauf nicht ein. Hier gibt es für uns noch Klärungsbedarf! Einmal um noch mehr Menschen für den Erhalt

des Bergbaus zu gewinnen und die Zahl derer, die unbedingt eine Schließung wollen, zu minimieren.

Anmerkung der Redaktion:

Gegen die Vergeudung der Ressource Kohle fordert in Deutschland die organisierte Bergarbeiterbewegung »Kumpel für AUF« den Erhalt des Steinkohlebergbaus in Europa. In ihrem »Aufruf an die Jugend: Programm für eine lebenswerte Zukunft« heißt es:

»Kohle darf nicht in Kraftwerken verfeuert werden. Nicht nur wegen der drohenden Klimakatastrophe. Sie ist auch einer der wertvollsten Rohstoffe einer Zukunftsindustrie, mit der man verantwortungsvoll umgehen muss.«

So könnte Kohle zur Herstellung biokompatibler Kunststoffe, die für Menschen und Tiere gut verträglich und wieder leicht recycelbar sind, verwendet werden oder auch als Basis für solare Treibstoffe und solare Materialien in Verbindung mit der Erzeugung von Wasserstoff mittels Sonnenenergie.

KORRESPONDENZ AUS DORTMUND, 7.7.2018

Hände weg vom Hambacher Forst, sofortiger Stopp der Braunkohleverbrennung



„Die Umweltgewerkschaft verurteilt aufs Schärfste die von der RWE betriebene vollständige Zerstörung des Hambacher Forstes zur Ausweitung des Braunkohle-Tagebaus in Hambach und dem Festhalten an der weiteren Verbrennung der Braunkohle! Dieser provokative Akt im reinen Interesse des Maximalprofits steht im krassen Gegensatz zur wissenschaftlichen Erkenntnis, dass ein weltweiter Ausstieg aus der fossilen Verbrennung und die Rettung der Wälder als CO₂-Senken und Klimapuffer dringlichen Vorrang zur Verhinderung einer globalen Umweltkatastrophe hat.

RWE und die ihr dienenden Politiker und Gewerkschaftsführer missbrauchen das berechtigte Interesse und die Sorge der Bergleute und Kraftwerksarbeiter um ihre Arbeitsplätze für eine Hetzkampagne gegen die Umweltschützer und besonders die Waldbesetzer im Hambacher Forst. Für die Zukunft unserer Jugend muss der Kampf um Arbeitsplätze UND Umweltschutz jedoch ein gemeinsames Anliegen der Arbeiter- und Umweltbewegung sein.

Wir verurteilen entschieden das provokative Eindringen von Polizei-Hundertschaften in den Hambacher Forst seit dem 25.8., die Stürmung des dortigen Camps und Zerstörung und Beschlagnahmung persönlicher Gegenstände sowie die Verhaftung mehrerer Braunkohle-Gegner ...“

aus der „Erklärung des Bundesvorstandes der Umweltgewerkschaft gegen die Rodung des Hambacher Forstes“;

die vollständige Erklärung steht unter www.umweltgewerkschaft.org



Gemeinsam können wir Fracking stoppen!

„Ich hätte nie gedacht, dass hier gefracckt werden darf“, so reagierten zahlreiche Passanten, als wir Unterschriften für das Verbot von Fracking und gegen das neue Bohrloch im Wasserschutzgebiet am Panzenberg gesammelt haben. Besorgt und empört unterschrieben viele für die Rettung des Bremer Trinkwassers. Die positive Resonanz war so groß – über 50 Personen nahmen Listen mit zum selbst sammeln und einige wur-



den neue Mitglieder der Umweltgewerkschaft. Beim Umweltspaziergang am Panzenberg/Verden haben wir in einer Protestaktion die ersten 500 Unterschriften am Bohrloch Völkerse Z4/H1 aufgehängt. Die Versammlung mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Althausmann (CDU) am 4.7. hat uns darin bestärkt,

den Kampf für ein echtes Verbot von Fracking zu intensivieren. Die Bürgerin-

initiativen aus Rotenburg und Verden und wissenschaftliche Experten nahmen ihn ordentlich in die Zange. Der Umweltmediziner Dr. Bantz wies den direkten Zusammenhang von Erdgasförderung und erhöhten Krebserkrankungen in Rotenburg und die Häufung von Früh- und Fehlgeburten nach. Deshalb engagiert euch! Sammelt weiter viele Unterschriften. Kommt zum Protest am weltweiten Frack down Day am 15.10.18. Kommt mit zur Übergabe der Unterschriften an das niedersächsische Umweltministerium am 26.10.18. Macht mit in der Umweltgewerkschaft!

aus einem Flyer der
UMWELTGEWERKSCHAFTSGRUPPE
BREMEN/OLDENBURG

Suez Remediation in Herne – jeden Tag kommt Gift nach Bochum

Nur wenige Bochumer wissen, dass jeden Tag Giftböden zur Firma Suez Remediation, Südstrasse/Herne an der Grenze zu Bochum, angeliefert und im Pyrolyseverfahren behandelt wird. Die giftigsten Stoffe der Welt: Dioxine, Phenole, Furane, PCB, PAK, Schwermetalle; alles kommt nach Bochum. Sogar „freigemessener“ Bauschutt aus dem AKW Würgassen war schon dabei. Es gibt Befürchtungen, dass zukünftig auch Bohr-

schlämme von den Fracking-Bohrungen aus Niedersachsen angeliefert werden. Dazu schreibt der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND): „Dieser Betrieb ist gefährlich. Hier lauern unkalkulierbare Gefahren“ (WAZ, 28.10.2017). Nun sollen die Kapazitäten auch noch von 48.000 auf 65.000 Tonnen im Jahr erweitert und die Grenzwerte für giftigste Stoffe deutlich angehoben werden. Wenn Gift zur Ware wird, geht es nicht um Um-

welt- und Gesundheitsschutz, sondern um Profit. So eine Anlage gehört nicht ins Stadtgebiet! Dazu hat sich eine Bürgerinitiative – www.dickeluft-herne.de – gebildet. Die Umweltgewerkschaft unterstützt diesen Widerstand der Anwohner aus Bochum und Herne entschieden.

Korrespondenz
UMWELTGEWERKSCHAFT BOCHUM

Unsere natürliche Umwelt und das Klima werden durch Raubbau und Kriege zerstört. Immer mehr Menschen wird so die Grundlage zum Leben genommen. Der Gazastreifen ist ein besonderes Beispiel dafür, wie sich bürgerliche Politiker und Medien mit dieser unhaltbaren Entwicklung arrangieren und sie sogar rechtfertigen. Seit 2007 ist der Gazastreifen komplett von der übrigen Welt abgeriegelt. In drei Kriegen hat Israels Armee weitere schwere und irreparable Schäden an der Natur und der Infrastruktur



von Gaza angerichtet. Viele Menschen wurden erschossen oder verletzt. Für die große Mehrheit der im Gaza lebenden Menschen ist die Lage verzweifelt. 65 % haben keine Arbeit, über die Hälfte lebt unter dem Existenzminimum, 90 % der Menschen sind auf Hilfslieferungen angewiesen, um überleben zu können, über 930 000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfe. Politik und Medien hierzu wollen uns einreden, die Schuld an den Zuständen trügen letztlich die Opfer selbst, weil sie angeblich Israels Existenz bedrohten.

Der Mensch ist Teil der Natur. Er wirkt auf sie ein, aber für seine physische und psychische Gesundheit braucht er intakte Lebensbedingungen. Im Gazastreifen



Gaza Streifen: Israels Blockade schafft lebensbedrohende Verhältnisse

ist das nicht der Fall. Nach einem 2012 veröffentlichten Bericht des „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ (UNRWA), könnte der Gazastreifen bis 2020 unbewohnbar sein.¹ Im Krieg 2014 hat Israels Armee sogar gezielt Versorgungsanlagen, Wassertanks, Kanalisation usw. zerstört, Böden, Luft und Wasser verseucht.

Die Proteste vieler Bewohner im Mai diesen Jahres für das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat, die von Israel illegal okkupiert ist, hat wieder auf die bedrohliche Lebenslage der Palästinenser aufmerksam gemacht. Wir wollen einige Punkte aufführen, sind aber nicht wirklich in der Lage darzustellen,

was es bedeutet, täglich unter absolut menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. Das Ende von Israels Besatzung, das Ende der Blockade des Gazastreifens ist die wichtigste Voraussetzung, damit über zwei Millionen Menschen menschenwürdig leben können.

Wir geben eine nicht vollständige Übersicht über die Lebensbedingungen:

1. Die meisten Haushalte in Gaza haben kaum oder kein sauberes Wasser. Die geringen verfügbaren Mengen sind schwer mit Schadstoffen belastet und als Trinkwasser nicht geeignet.
2. Durch den Genuss von kontaminiertem Wasser wurde bei der Hälfte der untersuchten Kindern aus dem Gazastreifen ein Mangel an roten Blutkörpern festgestellt. Dadurch können unterschiedlichste Krankheiten hervorgerufen werden. Verbreitet in Gaza sind Durchfallerkrankungen, Hepatitis A, parasitäre Infektionen und Hautkrankheiten

bei Menschen, die im stark verschmutzten Meer baden.

3. Bereits vor dem Gaza-Krieg 2014 wurden die Bewohner des Gazastreifens davor gewarnt, im Meer zu baden. Schon damals führten ins Meer fließende Abwässer dazu, dass sich gefährliche Viren, Bakterien und Parasiten im Meerwasser befanden und damit das Risiko von Krankheiten und Epidemien bestand. 30 – 40 % des Meerwassers waren kontaminiert. Nach dem Krieg sind es 70 %. Täglich gelangen nach Angaben der Umweltbehörde von Gaza bis zu 100 000 Kubikmeter unbehandeltes Abwasser im Mittelmeer.

4. Durch uranhaltige Munition, die Israels Luftwaffe eingesetzt hat, kommt es zu Missbildungen bei Neugeborenen und zu einer erhöhten Immunschwäche der Bevölkerung.
5. 12 bis 16 Stunden, manchmal gar bis zu 20 Stunden pro Tag bricht die Stromversorgung zusammen. Operationen in den Krankenhäusern kön-



nen häufig wegen des Mangels an Strom nicht durchgeführt werden. Eine Behandlung im Ausland ist teuer und oft unmöglich, weil den Betroffenen die Ausreise von den israelischen oder ägyptischen Behörden verweigert wird.

6. Von den über 2 Millionen Bewohnern des 360 km² Gebiets großen Gazastreifens gibt es keinen, der nicht vielfache Traumata hat. Ständige Trauer, Alpträume, lähmende Ängstlichkeit, Hoffnungslosigkeit bestimmen das tägliche Leben.
7. Der letzte Krieg hatte die weitreichende Verwüstung landwirt- ➔



Am 12. August melden die Gesundheitsbehörde in Gaza, dass Krebspatienten nicht mehr behandelt werden können.

schaftlicher Flächen, die Zerstörung von Fabriken zur Folge.

8. UNRWA schreibt auf seiner Homepage über die größten Probleme im „Beach Camp“ einem von acht Flüchtlingslagern in Gaza, das für 23 000 Flüchtlinge ausgerichtet war und in dem jetzt über 84 000 Menschen leben: „High unemployment rates, overcrowdedness, power cuts and an unstable electricity supply, a con-



Karam Abu Salem, einer von nur zwei Zugängen zum Gazastreifen. Israel kann sie jederzeit schließen und tut das auch

taminated water supply and lack of construction materials are some of the more pressing challenges facing Beach camp residents.”²

9. Von den etwa 100 000 Menschen, deren Häuser im Krieg von 2014 zerstört oder extrem beschädigt wurden, sind 65 000 weiterhin obdachlos, der Wiederaufbau der Infrastruktur geht sehr

schleppend voran. Von den sieben Schulen, die im Jahr 2014 komplett zerstört wurden, ist bislang erst eine wieder errichtet worden. Ein Drittel der beschädigten Wasser- sowie der sanitären Infrastruktur könne aufgrund fehlender Gelder bis heute nicht wieder hergestellt werden.³

Die Menschen im Gazastreifen kämpfen ums Überleben. Die Redaktion hat einen Brief von einem Augenzeugen der Proteste im Gazastreifen im Mai diesen Jahres erhalten. Er schreibt u.a.: „Die Jugendlichen haben keine Hoffnung, sie sehen keine Perspektive, (...) sie (...) kennen nichts anderes als das Leben mit permanenten Problemen, denn mal mangelt es an Brennstoffen bzw. Kochgas, mal an Grundnahrungsmitteln, vor allem auch an Medikamenten. Und die Familienmitglieder, die überhaupt Arbeit haben, bekommen oft ihr Gehalt nicht. Es ist ein Leben, dass nicht nur zornig und wütend macht, sondern das auch krank macht, oft genug körperlich krank aber vor allem psychisch krank.“ Die Umweltbewegung muss viel mehr als bisher ein Ende von Israels barbarischer Besatzungspolitik fordern. Sie darf sich nicht von Verleumdungen, dass z.B. Kritik an dieser Politik antisemitisch sei, einschüchtern lassen.



1 <https://www.unrwa.org/userfiles/file/publications/gaza/Gaza%20in%202020.pdf>

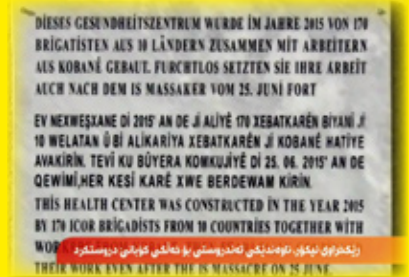
2 <https://www.unrwa.org/where-we-work/gaza-strip/beach-camp>

3 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13143, 19.7.2017

Als eine weitere Quelle: <https://www.unrwa.org/>

Gesundheitszentrum in Kobanê

In der Stadt Kobanê in Rojava (Westkurdististan/Syrien) wurde im Januar 2015 unter großen Opfern die Terrorherrschaft des IS (Islamischer Staat) beendet. Im Jahr 2015 bauten über 170 internationale Aufbauhelfer der ICOR gemeinsam mit einheimischen Bauarbeitern in nur 6 Monaten ein Gesundheitszentrum in Kobanê auf!¹



Ein Zeichen des Neuanfangs mitten in der durch die Terroristen des IS zerstörten Stadt! Im Dezember 2015 schickte »Medizin für Rojava« den ersten großen LKW voll medizinischer Güter dorthin. Die ICOR² übergab das Gesundheitszentrum nach der Fertigstellung der örtlichen Verwaltung von Kobane. Es wird jetzt von Ärzten und Pflegekräften des Kurdischen Roten Halbmonds betrieben. Inzwischen wird es u.a. als Geburtsklinik genutzt. Mehr als 4 000 Babys wurden dort bisher geboren. Von Anfang an haben Ingenieure und Wissenschaftler den Aufbau auch unter ökologischen Gesichtspunkten unterstützt (optimale Wärmedämmung, Begrünung des Geländes). Die Verwirklichung einer autarken und ökologischen Energieversorgung ist jetzt ein wichtiger Schritt, um den Betrieb der Klinik unabhängig von der Erpressungspolitik der Erdogan Regierung zu ermöglichen. Bis Ende des Jahres soll eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert werden. Dazu werden noch Spenden benötigt (www.eco-aufbau-rojava.de).

So können Sie spenden:

Spendenkonto:

Solidarität International e.V.
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84
Frankfurter Volksbank,
Stichwort

»Ökologischer Wiederaufbau Kobane«
Bei Angabe von Name und Adresse werden Spendenbescheinigungen ausgestellt.

¹ Dokumentarfilm »Den Sieg sichern!« <https://www.youtube.com/watch?v=ggIRbdMCFvo>

² ICOR = International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations

Die ökologische Situation in Rojava/Nordsyrien

2012 nutzte die mehrheitlich kurdische Bevölkerung die Schwäche des syrischen Baath-Regimes, erhob sich gegen die jahrzehntelange Unterdrückung und ergriff in den meisten Städten Nordsyriens die Macht. Das Gebiet wird von den Kurden „Rojava“ oder Westkurdistan genannt. Weltbekannt wurde 2014 der erfolgreiche Verteidigungskampf

„Demokratisches, ökologisches und gemeinschaftliches Leben ist die Grundlage, auf der eine demokratische und ökologische Gesellschaft aufgebaut werden soll, die das Ziel verfolgt, die Natur nicht zu missbrauchen, zu plündern oder zu zerstören.“

Das ging auch auf die Erfahrung der quasikolonialen Ausbeutung der kurdischen Gebiete Syriens durch die arabische Zentralmacht in Damaskus zurück. Restliche Waldbestände, die frühere Waldzerstörungen z.B. durch den Bagdad-Bahn-Bau überlebt hatten, wurden ab den 1960er Jahren vollends abgeholzt, um Platz für eine Monokultur aus Weizen und Oliven zu schaffen. Das Gebiet wurde mit viel Pestizideinsatz zur „Kornkammer“ Syriens ausgebaut, auf Kosten der angestammten lokalen Bevölkerung. Die kurdische Sprache und Kultur wurden vom Baath-Regime unterdrückt – und noch mehr:

der selbstverwalteten Stadt Kobanê gegen die faschistischen IS-Truppen. Inzwischen wurde die „Demokratische Föderation Nordsyrien“ gegründet, die ausdrücklich alle ethnische Teile der Bevölkerung einschließt und an der Selbstverwaltung beteiligt. 2016/2017 konnten erstmals in der Geschichte der Region demokratische Wahlen organisiert werden. Die Föderation, in der etwa 4 bis 5 Millionen Menschen leben auf einer Fläche in der Größe Belgiens, sieht sich als Teil eines zukünftig demokratisch und föderal organisierten Gesamt-Syriens. Das im übrigen Syrien herrschende arabisch-nationalistische Baath-Regime versucht allerdings diese Entwicklung zu verhindern. Ebenso die neuimperialistische Türkei, die Anfang 2018 Teile der Föderation völkerrechtswidrig militärisch angriff und seither besetzt hält.

Von Anfang an spielte die Umweltfrage eine wichtige Rolle in der Revolution. Artikel 9 des 2017 verabschiedeten „Gesellschaftsvertrages“ (Verfassung) lautet:

riens ausgebaut, auf Kosten der angestammten lokalen Bevölkerung. Die kurdische Sprache und Kultur wurden vom Baath-Regime unterdrückt – und noch mehr:

„Jahrzehntelang war es verboten Bäume zu pflanzen und Gemüsegärten anzulegen – die Bevölkerung wurde durch repressive Politik und Unterentwicklung der Region systematisch zur Emigration als billige Arbeitskräfte in die umliegenden syrischen Metropolen wie Aleppo, Rakka und Homs angehalten. Energieproduktion und -verbrauch, mangelhafte Müllentsorgung und massiver Chemikalieneinsatz in der Landwirtschaft haben Boden, Luft und Wasser schwer belastet.“¹

Die Wasserfrage ist inzwischen zu einem zentralen Problem geworden. Die globale Klimakrise erzeugte einen Anstieg der Durchschnittstemperaturen um zur Zeit zwei Grad. Lange Dürreperioden und geringere Niederschläge sind die Folge. Darüber hinaus führt die benachbarte Türkei einen regelrechten „Krieg ums Wasser“. Mit riesigen Staudammprojekten wird den Flüssen in



Ölförderung und Ölseen in Nordost-Syrien: An manchen Stellen tritt das Öl auch durch natürlichen Druck zu Tage und bildet Ölsümpfe. Die Verseuchung von Böden und Luft durch Öl, Ölbrände und die lokale Herstellung von Dieseltreibstoff sind dort ein großes ökologisches Problem.



Kein Baum, kein Strauch. Monokultur-Weizenfelder in Nord-Syrien soweit das Auge reicht.



Das Pflanzen von Baum-Setzlingen oder wie hier Weinstöcken, wird über die Langzeit-Kampagne „Make Rojava Green Again“ organisiert. Sie wird von der Internationalistischen Kommune Rojava, dem Ökologie-Komitee und dem Komitee für Naturschutz des Rojava-Kantons Cizire getragen. Seit dem Frühjahr 2018 wurden Tausende Baum-Stecklinge gezogen; in den kommenden 5 Jahren sollen 50.000 Bäume ausgepflanzt werden. Näheres unter: <https://internationalist-commune.com/make-rojava-green-again/>

Bild im Kasten Seite 26:

Gedenktafel am ICOR-Gesundheitszentrum in Kobanê. Sehenswerter Dokumentarfilm über den Bau des Zentrums unter schwierigsten Bedingungen, darunter auch die besonderen ökologischen Herausforderungen: Dämmung mit Lehmziegeln, Wasseraufbereitung, Stromversorgung: (YOUTUBE-Suche mit Filmtitel: „Den Sieg sichern!“). Weitere Infos: www.eco-aufbau-rojava.de



Stadt-Putzaktion einer Jugendorganisation im befreiten Manbij 2017 in Verbindung mit ökologischer und Gesundheits-Aufklärung der Bevölkerung durch Flugblätter und Plakate.

Richtung Syrien und Irak im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgegraben. Zudem haben massive Wasserentnahmen für die Monokultur-Landwirtschaft den Grundwasserspiegel immer weiter absinken lassen, in manchen Gebieten auf unter 200 Meter. Noch mehr und noch tiefere Brunnen bauen ist keine Lösung.

Der Erfolg des Kampfs um Freiheit und Demokratie für die Völker der Region hängt somit von drei Faktoren ab:

1. dem weiteren Aufbau ihrer Selbstverwaltung, Selbstversorgung und Selbstverteidigung,
2. der Abwehr jeder imperialistischen Einmischung und Unterdrückung,
3. der Wiederherstellung der schwer gestörten Einheit von Mensch und Natur.

Es liegt auf der Hand, dass all dies nur durch eine enge Verknüpfung mit dem weltweiten Widerstand der Völker gegen den Imperialismus und gegen die drohende globale Umweltkatastrophe gelingen kann. Die Umweltgewerkschaft unterstützt den radikal-demokratischen Aufbau Rojavas im Rahmen ihrer Möglichkeiten – und kann viel davon lernen!

GERNOT WOLFER

Wir brauchen ökologische Anbaumethoden und gesunde Nahrung

In der ersten Hälfte des Jahres 2016 diskutierten wir oft darüber, wie wichtig es wäre, besser über unser tägliches Essen und Trinken Bescheid zu wissen.

Im Mai entschieden dann die Mitglieder der Umweltgewerkschaft Bremen/Oldenburg auf einem Treffen, dass das Thema „gesunde Ernährung“ ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit werden soll.

Genaue Themen, die einzelnen Mitgliedern besonders wichtig erschienen, wurden von ihnen selbst vorgeschlagen und ausgearbeitet, nach gemeinsamer inhaltlicher Definition.

Themen waren: Vergleiche verschiedener Ernährungsarten mit Fleisch, vegetarisch, vegan oder Bio. Die Fragen nach der Belastung von Lebensmitteln z. B. durch Farbstoffe, Aromen und andere Chemikalien. Das Problem ihrer Verpackung mit Plastik. Gentechnik in Lebensmitteln im Zusammenhang mit Glyphosat und anderen chemischen Giften. Die Unterschiede zwischen Nahrungs- und Lebensmitteln und ihre Kennzeichnung. Die Überfischung der Weltmeere und die Folgen für das Ökosystem und als eine Fluchtursache für Menschen. Die Lebensmittelverschwendung in einem Teil der Welt bei gleichzeitiger Überproduktion und Mangel.

Die Form der Vorträge reichte vom handgeschriebenen, spannend vorgelesenen Schulaufsatz bis zur Computerpräsentation. Es gab auch Anschauungs-Objekte z. B. zur genaueren Analyse von Verpackungen, verschiedene Labels, den Laborbefund eines Bluttests auf Glyphosat usw.

Die Vortrags-Termine sind öffentliche Veranstaltungen. In unserem halbjährlich erscheinenden Infoflyer werben wir in Bremen und Umland.

Eine Besonderheit, die bei steigender Teilnehmerzahl wohl nicht mehr so einfach durchführbar sein wird, war bisher die Bewirtung mit einem selbst zubereiteten Essen.

Für das zweite Halbjahr 2018 haben wir neue Beitrags-Angebote auch von externen Interessenten und zu anderen Themen erhalten, so dass sich der Schwerpunkt der AG Ernährung inhaltlich etwas verschieben wird.

HELMUT MINKUS

AG ERNÄHRUNG DER UMWELTGEWERKSCHAFT BREMEN/OLDENBURG

Mangelernährung als Folge des Klimawandels

Mehr CO₂ in der Luft verändert die Zusammensetzung von Nahrungspflanzen, auf die viele Millionen Menschen angewiesen sind. Eine weltweite Gesundheitskrise könnte die Folge sein. Denn wenn der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre steigt, nehmen Nahrungspflanzen wie Reis, Kartoffeln und Weizen weniger Mineralien aus dem Boden auf und bilden weniger Eiweiß, schreiben Forscher der US-amerikanischen Harvard-Universität in „Nature Climate Change“.

Es fehlen Zink, Eiweiß, Eisen. Pflanzen könnten der Studie nach in Zukunft weniger Zink, weniger Eisen und weniger Eiweiß enthalten. Forscher schätzen, dass bis zum Jahr 2050 weitere 175 Millionen Menschen von Zink- und 122 Millionen von Eiweißmangel betroffen sein könnten, sollte der Kohlenstoffdioxidausstoß nicht dramatisch gedrosselt werden.

Mangelernährung bereits jetzt ein Problem. Derzeit leben bereits zwei Milliarden Menschen mit Nährstoffmangel auf der Welt. Hinzu kommen etwa 815

Millionen Menschen, die keinen Zugang zu genügend nahrhaften Lebensmitteln haben sowie 1,5 Millionen Todesfälle pro Jahr, weil viele Menschen zu wenig Gemüse essen. Wenn nichts unternommen wird, könnte eine Reduktion der Mikronährstoffe aufgrund des Klimawandels „das bereits akute Problem der Mikronährstoffunterernährung verschärfen“.¹

Für jedes Grad globalen Temperaturanstiegs würden sich die globalen Weizen-erträge zudem um 6 Prozent verringern, bei Reis betrage der Schwund gar 10 Prozent. Außerdem bedrohten wärmere Ozeane die Fischbestände. 1,4 Milliarden Menschen seien so in Gefahr der Unterversorgung mit zentralen Mikronährstoffen wie Zink und Omega-3-Fettsäuren. So eine aus Klimaforschern, Medizinerinnen und Ökonomen zusammengesetzte Kommission für Gesundheit und Klimaschutz des Fachblatts *Lancet*.

¹ <http://civaka-azad.org/make-rojava-green-again-unterstuetzung-der-oekologischen-revolution-in-nordsyrien/>

¹ Nach einem Bericht der Deutschen Welle vom 29.8.2018



Die Folgen der heutigen Landwirtschaft in Niedersachsen für unsere Umwelt

Das globale Artensterben und die Zerstörung der natürlichen Landschaften durch die industrielle Landwirtschaft nimmt immer größere Ausmaße an. Hellmut Rahaus verfolgt diese Entwicklung in Niedersachsen seit Jahren.

Das Erscheinungsbild der Landschaft

Ausgeräumte Landschaft, kein Leben mehr auf den Feldern und Wiesen. Es wachsen ausschließlich nur die gewünschten Pflanzen und uns bekannten Getreidearten, die für die Nutzung durch Menschen notwendig sind. So sieht man kaum noch Wildwiesen und ungenutzte Ackerflächen. Das sollte den Betrachter schon nachdenklich und beunruhigt stimmen. Die Artenvielfalt (Vögel, Bienen, Schmetterlinge, Insekten, Säugetiere wie der Feldhamster) ist nicht mehr da, die lebendigen Abläufe in der Natur fehlen.

Wo liegen die Ursachen?

Eine erhebliche Rolle spielt der Rückgang des Grünlandes, die Intensivierung der Acker- und Grünlandnutzung seit den 1950er Jahren, beispielsweise in Bezug auf Düngeauftrag, Einsatz von Pestiziden, Drainagen von Feuchtstandorten, der Umfang von Pflegemaßnahmen im Grünland. Dazu kommen indirekte Effekte wie der Verlust von Randstrukturen durch wachsende Schlaggrößen.

Konkret bedeutet das z.B. für Rebhühner, das ihre Küken in den Randzonen der Äcker keine Nahrung mehr finden, weil sie auf insektenreiche, ungespritzte Vegetation angewiesen sind. Die Jungtiere verhungern. Nur 5 Prozent der Landesflächen in Niedersachsen sind noch als artenreich einzuschätzen. Die Bewirtschaftung der Ackerflächen durch die Landwirtschaftsmaschinen bewirkt, dass z.B. der Feldhamster keinen Lebensraum findet und jetzt in der höchsten Gefährdungsstufe 4 eingestuft wurde.

Hinzu kommt der Einsatz von chemischen Spritzmitteln. Die Risiken dieser chemischen Mittel für Mensch und Umwelt, muss als sehr hoch eingestuft

Forderungen aus dem Programm der Umweltgewerkschaft:

Klima- und umweltschonende ökologische Anbaumethoden, gesunde Nahrung, wirksame Bekämpfung von Hunger und Armut!

Schluss mit der Spekulation mit Lebensmitteln und Agrarrohstoffen!

Stopp dem Landgrabbing!

Schutz der Natur und Artenvielfalt, artgerechte Tierhaltung und aktiver Tierschutz! Verbot der Massentierhaltung!

Verbot der Genmanipulation bei der Herstellung von Nahrungsmitteln!

werden. Der häufige Einsatz bestimmter Giftstoffe wie etwa das Glyphosat, erhöht zudem die Gefahr der Resistenzbildung.

Es gab in Niedersachsen 2017 noch rund 37800 landwirtschaftliche Betriebe, davon sind 1300 Biobetriebe, das sind nur 3,4 Prozent. Ein Durchschnittsbetrieb hat eine Größe von 69 ha.

Göttinger Agrarforscher haben insgesamt 12000 Felder untersucht. Rund 30 Prozent der Ackerflächen werden sehr einseitig mit bis zu zwei Feldfrüchten bewirtschaftet. Auf einem Viertel dieser Flächen wird ausschließlich Mais angebaut. 30 Prozent der untersuchten Felder haben einen vielfältigen Fruchtwechsel mit vier oder mehr Feldfrüchten in Folge. Auf den restlichen 40 Prozent der Ackerfläche werden Raps, Rüben und Kartoffeln als Hauptfrüchte im System der Dreifelderwirtschaft

angebaut. Durch einseitigen Ackerbau werden die Fruchtfolgen und das Landschaftsbild immer einheitlicher.¹

Die Folgen sind alarmierend!

Die Zahl der Pflanzenarten ging im Grünland um 30 Prozent zurück, im Ackerland im Inneren der Felder um 71 Prozent und in Fließgewässern um 19 Prozent. An Pflanzen fehlen z.B. die Lichtnelke, das Adonisröschen, die Platberbsen haben Seltenheitswert, ebenso der Ackerrittersporn.

Dadurch gibt es 40 Prozent weniger Vögel und 80 Prozent weniger Insekten.

Bei den Vögeln sind betroffen: Das Braunkehlchen, der Kiebitz, die verschiedenen Grasmückenarten, der Neuntöter, der Raubwürger. Der Bestand der Rebhühner hat sogar um 94 Prozent abgenommen.

Bei den Schmetterlingen und Insekten: Kohlweißlinge, Tagpfauenauge und der Monarchfalter sind von den Pollen bestimmter Gen-Mais-Sorten betroffen. Es kommt zu Entwicklungsverzögerungen und erhöhter Sterblichkeit. Ein hohes Gefährdungsrisiko besteht auch für den Kleinen Perlmutterfalter, den Wachtelweizen, Scheckenfalter und Schwalbenschwanz.

Eine deutliche Abnahme von Wildkräutern und Schmetterlingen ist durch den Anbau von Herbizid resistentem Raps und Zuckerrüben festzustellen.

Zu Entwicklungsverzögerung nach Fütterung mit Pollen kommt es auch bei der häufigen Trauermückenart, der räuberischen Käferlarven und bei Grünen Florfliegen.²

Um gesunde Nahrungsmittel anzubauen, die Natur und ihre Artenvielfalt zu schützen und zu erhalten, ist eine andere Landwirtschaft notwendig. Dafür tritt die Umweltgewerkschaft ein.

HELLMUT RAHAUS
UMWELTGEWERKSCHAFT HARZ-LEINE

¹ Göttinger Tagblatt, 2.11.2017

² Naturschutz heute, Magazin des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) e.V., Heft 4/2005

Birgit und Christoph, von der Münchner Gruppe der Umweltgewerkschaft, haben mit dem Landwirt Josef Dengl in Taglaching ein Interview gemacht über die Folgen des Extremsommers in diesem Jahr.

B. u. C.: Manche Leute sagen, solche Sommer wie dieses Jahr hat es immer wieder mal gegeben. Siehst du das auch so?

Josef: 1975 hatten wir mal 8 Wochen ohne Regen mit maximal 27, 28 Grad. Jetzt haben wir die gleichen Temperaturen wie in Südeuropa, bis 35 Grad und das seit drei Monaten und keinen ergiebigen Regen. Gestern hatten wir Niederschlag von 35 Liter pro Quadrat-

Das Problem sind die Wetterextreme. Wenn es kurz und extrem schüttet, hilft das nichts. Das Wasser läuft einfach weg und schnell trocknet alles wieder. Wir brauchen wie früher einige Monate schön verteilt dauerhaften Landregen, damit der Boden richtig durchfeuchtet wird und sich das Grundwasser wieder auffüllt. Ich habe Wiesen im Wald, da konnte ich früher mit meinen Maschinen nicht reinfahren, so nass und weich war der Untergrund. Jetzt ist der Bo-

Außerdem betrifft die Trockenheit ja ganz Europa. Wenn das Futter für die Tiere nicht mehr reicht, dann müssen die Bauern notschlachten. Wir haben ja schon lange ein Bauernsterben und jetzt werden sich noch mehr überlegen, ob sie aufgeben.

Die kleinen Bauern sind doch diejenigen, die Landschaftsschutz betreiben, indem sie kleine Flächen unterschiedlich nutzen. Die Großbauern interessiert nur, dass sie möglichst riesige Flächen haben, wo sie mit 8 bis 12 Meter breiten Maschinen arbeiten können und möglichst viel Profit draus ziehen können.

Es muss ein komplettes Umdenken her

meter, aber der hat die Ackerkrume nur 8 cm tief, also nur oberflächlich durchfeuchtet. Notwendig wären mindestens 20 – 30 cm. Der Grundwasserspiegel ist enorm gesunken. Als ich 2001 noch Milchkühe hatte, gab es auch mal einen Sommer mit wenig Regen, aber wir hatten noch den Löschwasserteich. Der steht mit dem Grundwasser in Verbindung. Seit 1998 ist der Wasserspiegel immer weiter abgesunken und heute ist er so gut wie leer. Der abgesunkene Grundwasserspiegel führt dazu, dass immer mehr Bäume absterben. Man weiß ja nicht, wie das Wetter in Zukunft wird und ob sie sich noch erholen können. Die Fichten bei uns im Wald z.B. sind so trocken, dass sie sich nicht gegen den Borkenkäfer wehren können. Wenn der Stamm nämlich durchfeuchtet ist, können sie im Anfangsstadium den Käfer einharzen und abtöten. Bei dieser Trockenheit funktioniert das nicht mehr und der Käfer liebt die Wärme. Wenn wir noch mehr solche Sommer haben, wird es bald keine Fichten mehr geben. Das sind nämlich Flachwurzler. Auch Pilze mögen feuchte Wärme. Das europaweite Eschensterben kommt von der Ausbreitung eines Pilzes. Und die Trockenheit gibt ihnen den Rest.

den so trocken und steinhart, dass man nicht mal das Profil der Reifen sieht und es staubt nur so, wenn ich durchfahre.

B. u. C.: Welche Folgen hat dieser Extremsommer für die Landwirtschaft, die kleinen und mittleren Bauern.

Josef: Er ist Existenz bedrohend für die kleinen Landwirte. In Oberbayern hatten wir noch einen ersten und zweiten Schnitt, in der Oberpfalz und in Oberfranken ist auf den Wiesen gar nichts hochgekommen. Früher, wenn es lokal einen Hagelschlag gegeben hat, dann haben sich die Bauern einer Region gegenseitig helfen können. Aber heute müssten die Bauern 250 km fahren, um Heu zu kaufen. Wer bezahlt das?

Wenn wir kleinen Bauern beim Staat Hilfen beantragen, dann ist das mit so einem bürokratischen Aufwand verbunden und so kompliziert geworden, dass die Hilfe entweder zu spät kommt oder der Bauer aufgibt.

Früher hat eine Familie von dreißig Kühen gut leben können und dabei normal vor sich hin gearbeitet. Heute kannst du Hilfskräfte gar nicht bezahlen, musst alles alleine machen, brauchst große Maschinen und bist ständig im Stress. Maschinen und Gebäude kannst Du nur noch auf Kredit anschaffen, wodurch die Bauern ständig unter Druck stehen.

B. u. C.: Was müsste deiner Meinung nach dringend getan werden?

Josef: Der CO₂-Ausstoß darf nicht nur reduziert, er muss auf Null runtergefahren werden. Der CO₂-Gehalt in der Luft ist in den beiden letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Und was wir jetzt rauslassen, das wirkt sich in der Zukunft aus. Unsere Kinder und Enkelkinder werden die Folgen tragen müssen, wenn es kein Grün mehr gibt. Wenn die Wälder sterben, dann fehlen sie auch als Wasserspeicher, für





Fotos (2): Dengel

Fichtenrinde mit Borkenkäferlarven

die Luftabkühlung, als Luftreiniger und Luftbefeuchter. Dann wird alles immer schlimmer.

Es muss ein komplettes Umdenken her. Muss ich nur für ein paar Semmeln

*„Scheiß doch drauf,
ich mach es mir jetzt
so schön wie möglich
und was danach kommt,
ist mir egal“*

mit dem Auto zum Bäcker fahren oder muss ich so viel Lichter brennen lassen? Der Luftverkehr und die Schifffahrt sind auch schuld an der Luftverschmutzung. Die Kohle-, Gas- und Ölverbrennung muss man komplett stoppen. Aber die Atomenergie ist gar keine Lösung. Wir leiden immer noch unter den Folgen von Tschernobyl. Alle von den Jägern abgeschossenen Wildschweine müssen zur Untersuchung und je nach Gebiet müssen 30 bis 70 Prozent der toten Tiere entsorgt werden, weil sie zu stark radioaktiv verseucht sind.

Autos mit Wasserstoffantrieb müssen her und der Wasserstoff muss solar erzeugt werden. Strom muss regional, je nach den Gegebenheiten mit erneuerbaren Energien hergestellt werden.

B. u. C.: Das Problem ist natürlich, dass wir die Umweltzerstörung weltweit haben und wir uns in einem Übergang zu einer globalen Umweltkatastrophe befinden. Was sind die Ursachen und was können wir tun? Zum Beispiel haben uns alle Autokonzerne in Deutschland mit den Abgasen betrogen und werden noch nicht mal bestraft.

Josef: Das sehe ich auch so. Monsterkonzerne dirigieren die Politiker. Die sind Marionetten der Megakonzerne. Und die wollen gar nicht das Öl abschaffen. Brennstoffzellen zu nutzen, wäre technisch möglich, aber die Steuergelder fließen in die Taschen von den Konzernen. Und so lange die noch so mächtig sind, wird sich nichts ändern. Der Einzelne wird das nicht ändern können. Aber man darf auch nicht so denken wie eine Ex-Freundin von mir, die sagte: Scheiß doch drauf, ich mach es mir jetzt so schön wie möglich und was danach kommt, ist mir egal.

B. u. C.: Viele wollen etwas ändern. Wir müssen uns zusammentun und organisiert vorgehen. Dann haben wir eine Chance. Zum Beispiel war geplant in Bayern in verschiedenen Regionen Bayerns, auch in der Nähe von Taglaching mit Fracking Gas zu fördern*, aber da sind sofort Initiativen entstanden ... und im Moment hört man gar nichts mehr.

Letztendlich brauchen wir aber eine grundlegende Änderung der Gesellschaft. Die Großkonzerne dürfen nicht mehr bestimmen und die Wirtschaft darf sich nicht am Profit, sondern muss sich am Wohl der Menschen und der Natur orientieren.

Vielen Dank für das Interview!

* Fracking bedeutet, mit hohem Druck giftige Flüssigkeiten ins Gestein zu pressen, dass Risse entstehen und Gas ausströmt. Dadurch werden die Erde und das Grundwasser vergiftet.

Wie die Zuckerlobby Forschung manipuliert und uns vorsätzlich krank macht

Unabhängige Studien zeigen immer wieder, dass zuckerhaltige Getränke maßgeblich und direkt Übergewicht, Fettsucht und Diabetes fördern. In Deutschland leiden derzeit etwa sechs Millionen Menschen an Typ-2-Diabetes.



In den USA wurden in den letzten zehn Jahren 1,8 Millionen Erkrankungsfälle auf zuckerhaltige Softdrinks zurückgeführt. Wie geht nun die Zuckerlobby vor, damit diese unangenehmen Tatsachen nicht dazu führen, dass politische Maßnahmen ergriffen werden, um den Zuckerkonsum und damit die Konzerngewinne einzudämmen? Dabei spielt die Wissenschaft eine Schlüsselrolle, weil wissenschaftliche Ergebnisse maßgeblich die öffentliche Meinung und politische Maßnahmen beeinflussen. Die sechs Schritte ins Verderben lauten:

Erstens: Auswahl von geeigneten Wissenschaftler*innen

Ein gutes Beispiel dafür ist die einflussreiche „World Sugar Research Orga-

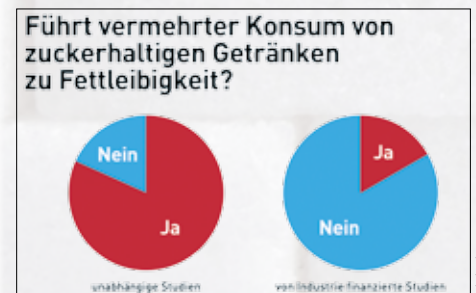


Abb: Kontrastat

nisation“ (WSRO), die Welt-Zucker-Forschungsorganisation. Sie betreibt strategisch, bewusst und systematisch durch die Zuckerlobby gelenkte und manipulierte Forschung durch einseitige, irreführende, linientreue Publika-

tionen. Hinter der WSRO stehen Coca Cola und andere Zuckerwerker bzw. Zuckerhersteller aus etwa 30 Staaten, die ganz offen Finanzinteressen am Verkauf von Zucker und zuckerhaltigen Produkten haben.

Zweitens:

Maximieren der Wirksamkeit der geeigneten Wissenschaftler*Innen

So förderte die Zuckerindustrie eine große Anzahl von wissenschaftlichen Studien, die praktisch alle zu dem Ergebnis kamen, dass kein direkter Zusammenhang von Zuckerkonsum und Übergewicht besteht. Diese Aufsätze wurden alle in wissenschaftlichen Journalen platziert, sickerten so in das allgemeine wissenschaftliche Bewusstsein und von dort in die öffentliche Meinung ein.

Ein Beispiel: 2004 wurde in Deutschland von der Bundesregierung die Plattform Ernährung und Bewegung (PEB) gegründet, um etwas gegen Übergewicht zu tun. PEB wurde sukzessive von Industrievertreter*innen unterwandert, so dass mittlerweile einige seriöse Verbände wie die Verbraucherzentralen, die im Gegensatz zu den Zuckerlobbyisten wirklich etwas gegen Übergewicht bewirken wollen, aus der Organisation ausgeschieden sind.

Drittens: Geheimhalten

Besonders wirkungsvoll in diesem Zusammenhang ist Ghostwriting. Das sind so genannte wissenschaftliche Arbeiten, die von Unternehmensmitarbeiter*innen geschrieben werden und die dann lügenhafterweise als von einem/r unabhängigen Wissenschaftler*in erstellt ausgewiesen werden. Im Pharmabereich sind derzeit nach Schätzung seriöser Beobachter etwa 11% aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen Ghostwriting. Für die Lebensmittel- bzw. Zuckerindustrie liegen keine verlässlichen Schätzungen vor. Der Anreiz für Ghostwriting ist in der Lebensmittelindustrie genauso stark wie in der Pharmaindustrie, es dürfte daher durchaus eine Rolle spielen.

Viertens: Daten fälschen

Besonders wirksam, um zu gewünschten Ergebnissen zu kommen ist das Fälschen von Daten. Das ist allerdings



Alete erhält den Goldenen Windbeutel für die Werbelüge des Jahres. foodwatch-Protestaktion am Alete-Firmensitz bei Frankfurt am 28.11.2017.

gefährlich, wie VW eindrucksvoll zeigt. Die Übergänge vom Verbiegen der Ergebnisse zum Fälschen sind fließend. Manchmal werden die Ergebnisse so stark gebogen und manipuliert, dass es eigentlich schon handfeste Fälschungen sind. So kommen über 80 % der von der Zuckerindustrie finanzierte Studien zu dem Ergebnis, es gebe keinen Zusammenhang zwischen zuckerhaltigen Süßgetränken und Übergewicht, während über 80% der unabhängigen Studien zu dem Ergebnis kommen, es gebe einen Zusammenhang. Darf man solche industriefinanzierte Studien überhaupt noch „wissenschaftlich“ nennen?

Fünftens: Fehlfährten legen, ablenken durch Verwirrfaktoren

Die gesundheitsschädigende Wirkung von Zuckergetränken kann man beispielsweise besonders gut herunterspielen, indem man auf Bewegungsmangel verweist. Die Zuckerindustrie argumentiert mit hervorragend recherchierten wissenschaftlichen Studien, dass ein ganz wichtiger Grund für Übergewicht zu wenig Bewegung, zu wenig Sport sei – und lenkt damit perfekt von der Ursache Zucker ab.

Sechstens: Auf Zeit spielen: „Gesunde Skepsis“ erzeugen gegenüber missliebigen wissenschaftlichen Ergebnissen

Wichtig ist es, gegenüber wissenschaftlich echten, unabhängigen, aber eben gewinnschädigenden Erkenntnissen unablässig Zweifel zu säen und sogar wissenschaftlich eindeutige Ergebnisse konsequent zu leugnen. Eines der Hauptziele dabei ist, eine scheinbare wissenschaftliche Skepsis zu schüren. Dadurch kommt es häufig zu stark widersprüchlichen Aussagen, so dass eine

allgemeine Verunsicherung eintritt: „Exakt diese lähmende Ambivalenz ist der Zustand, in dem offenbar die Hersteller von Fastfood und Softdrinks nicht nur die Konsumenten, sondern auch Multiplikatoren wie Ärzte, Erzieher und Ernährungsberater, aber vor allem die Entscheidungsträger in der Politik gerne haben,“ heißt es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26.7.2015. Dadurch können wirkungsvolle Gesetze wie Steuern auf Softdrinks, auf Zucker oder auf Werbung für zuckerhaltige Getränke wunderbar verhindert werden.

Zusammenfassung

Solange keine belastbaren wissenschaftlichen Analysen mit abschließenden Ergebnissen vorliegen, können Behörden oder Politiker*innen schwerlich Gegenmaßnahmen ergreifen. Für die Hersteller ist das ein Segen. Man nennt das Paralyse durch Analyse oder „auf Zeit spielen“. Diese Vorgehensweise ist extrem erfolgreich. Unter Renditegesichtspunkten ist jeder Tag Verzögerung ein Gewinn. Jeder Tag Verzögerung durch Irreführung, Erzeugung von Skepsis, Ablenkung durch Fehlfährten und Leugnen ist bares Geld für die Konzerne – zu Lasten unserer Gesundheit.

Gegenmaßnahmen

Einführung einer Zuckersteuer von 50 Prozent; Werbeeinschränkungen und Verteuerung für Lebensmittel mit einem hohen Zuckergehalt, vor allem die Abschaffung der Abzugsfähigkeit von Werbeausgaben als Betriebsaufwand; keine Werbung für stark zuckerhaltige Lebensmittel in Medien, die Kinder ansprechen; kein Sport-Sponsoring durch Süßwarenhersteller oder auch die Einführung einer Lebensmittel-Ampel.

PROF. DR. CHRISTIAN KREISS

Der Autor ist studierter Volkswirt und unterrichtet seit 2002 als Professor an der Hochschule Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Vorher arbeitete er 9 Jahre als Bankier bei verschiedenen Geschäftsbanken, davon sieben Jahre als Investmentbanker.

Anmerkung der Redaktion: Der ursprüngliche Artikel aus Forum Rundbrief Februar 2018 wurde von der Redaktion etwas gekürzt.

Pestizide, Massenkrankheiten und extreme Ausbeutung: Nicaraguas Zuckerrohrarbeiter und Bevölkerung leiden unter neokolonialer Unterdrückung

Korrespondenz aus La Paz Centro, Nicaragua



Abb.: Rainer Reder / fotografik

Täglich kommen zurzeit kranke Menschen in unser Projekt zur Unterstützung von Kleinbauern bei Bewässerung mittels Solarpumpen. Sie bitten um Hilfe, weil sie es nicht mehr schaffen, ihre Dialyse-Termine wahrzunehmen. Die Fahrtkosten sind zu hoch und viele sind bereits vom Tode gezeichnet. Es sind die Arbeiter der Zuckerplantagen, die massenhaft an Nierenerkrankungen leiden. Haupt-Todesursache unter den Männern ist Nierenversagen. Spiegel-online berichtete am 28.11.2017:

„Der Tod lauert im Zuckerrohrfeld. Er rafft die Arbeiter hinweg, junge kräftige Männer, oft noch keine 30 Jahre alt. Viele, die mit dem Leben davongekommen sind, bleiben schwer krank und arbeitsunfähig. ‚Wir sind wandelnde Tote‘, sagt der ehemalige Zuckerrohrschneider Juan Salgado. Es sei eine mysteriöse Krankheit, die in Mittelamerika, aber

auch in Indien auftritt. Vor allem Feldarbeiter sterben an einer Form der chronischen Niereninsuffizienz, deren Auslöser noch nicht gefunden sei“.

Der Spiegel spricht von einer mysteriösen Krankheit: Hitze, Wassermangel, Pestizide? Warum das?

Es ist unumstritten, dass auch 20 Jahre nach dem offiziellen Verbot des Einsatzes von DDT immer noch Rückstände davon in der Muttermilch nachgewiesen werden und dass andere – bei uns verbotene – Pestizide an die Stelle von DDT getreten sind. Heute wird auf immer größeren Flächen hemmungslos eine exportorientierte Landwirtschaft betrieben. Zucker, Mais, Reis, Erdnüsse, Bananen, alle Felder werden mit Pestiziden wie Nematizide (Anm.: Chemikalien gegen Würmer) besprüht. Ihre extrem giftige Wirkung auf Menschen ist anerkannt: So musste das US Chemiemonopol Dow

Chemicals im Jahr 2007 Schadensersatz in Höhe von lächerlichen 3,2 Millionen US-Dollar an 20.000 Arbeiter auf Bananenplantagen bezahlen. In den um La Paz Centro liegenden Landgemeinden der auf den Feldern arbeitenden Tagelöhner und Saisonarbeiter gibt es kaum eine Familie, in der niemand krank ist; aber der genaue eingesetzte Chemiemix wird verheimlicht. Die meisten handgegrabenen flachen Brunnen in den Dörfern der Campesinos sind seit Jahren kontaminiert.

Neben den Umweltgiften sind die harten Arbeitsbedingungen nach wie vor ein wichtiger Grund: 10 – 12 Stunden Arbeit täglich bei Temperaturen von 38 Grad im Schatten an 6 Tagen in der Woche. Die Zuckerplantagen gehören der Familie Pellas. Ihnen gehört mittlerweile das halbe Land, sie ist der größte Autoimporteure. Pellas ist der erste Mil-

liardär Nicaraguas und eng mit dem Präsidenten von Nicaragua Daniel Ortega verbunden. Unter Ortega wurde der Kampf für nationale und sozialer Befreiung nach dem erfolgreichen Sturz der Somoza Diktatur im Jahre 1979 verraten und Nicaragua blieb in neokolonialer Abhängigkeit von imperialistischen Ländern.

Folgt man der Homepage des offiziellen staatlichen Gesundheitswesens, verblüffen die positiven Darstellungen der staatlichen Gesundheitspolitik und man ist geneigt zu fragen, warum es überhaupt noch Kranke gibt, angesichts einer solchen – an kubanischen Verhältnissen orientierten – Gesundheitsversorgung und Krankenhausdichte und dezentraler Basisgesundheitsstationen.

Doch selbst im Stadtgebiet von La Paz Centro fließt aus den Wasserhähnen eine eher milchige Brühe, so stark ist das Wasser gechlort und dennoch: Chlor kann zwar die Bakterien weitgehend vernichten, nicht aber die Pestizidrückstände, die seit Jahrzehnten im Grundwasser „schlummern“. Tonfilter sind teuer und werden kaum benutzt. Die Menschen umgehen dieses Problem, indem sie einfach wenig, ja zu wenig trinken. Agua purificada (so etwas wie ein stilles Mineralwasser) kann sich kaum jemand leisten.

Der Verein „Amistad con Nicaragua“ wendet sich an die Öffentlichkeit, um Spenden für einen dringend benötigten Klein-Bus für den Transport der Dialyse-Patienten zu sammeln. Die Stadt Göttingen ist dazu aufgerufen, sich als Partnerstadt von La Paz Centro daran finanziell zu beteiligen. Es kommt heute darauf an, die Organisation der praktischen Solidarität mit dem länderübergreifenden Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus zu verbinden.

ANNA LEINEWEBER, AMISTAD CON NICARAGUA
Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft
Göttingen-La Paz Centro e.V.
Spendenkonto: Nicaragua Verein
IBAN: DE88 2605 0001 0056 0285 09
aleineweber@t-online.de
Tel. 0049-551-47218, 00505-2314-2386

(Der Artikel wurde von der Redaktion gekürzt)



Buchempfehlung

Kathrin Hartmann: Die grüne Lüge Weltrettung als profitables Geschäftsmodell

Unternehmen behaupten, ihre Produkte oder Dienstleistungen seien sozial, nachhaltig und umweltverträglich. Oft eine dreiste Lüge. Beispiele für dieses Greenwashing führt Kathrin Hartmann in ihrem Buch „Die grüne Lüge“ auf. Wie den Coca Cola-Konzern, der in armen Ländern Wasserquellen aufkauft, die Brunnen zur Herstellung seiner ungesunden Produkte leer pumpt, sich aber in der Eigenwerbung als Schützer der Welttrinkwasserreserven darstellt.

Mit grünen „Fake News“ wird Konsumenten suggeriert, ihr Konsum sei nachhaltig oder ethisch korrekt. Eine wichtige Rolle bei der Verschleierung des Betrugs spielen NGOs wie WWF, Rainforest Alliance, MSC u.a. mit ihren Nachhaltigkeitsiegeln. „Greenwashing funktioniert auch deshalb so gut, weil Angehörige westlicher Konsumgesellschaften gerne hören, dass alles so weitergehen kann wie bisher, ja, dass ihr überbordender Lebensstil selbst es sein könnte, der dafür sorgt, die Welt besser zu machen.“

Interview von Eva Maria Schlosser in „SUR– KulturPolitik für Stuttgart und Region“ mit Kathrin Hartmann (KH) über den Film „Die grüne Lüge“

KH: „Palmöl ist das billigste Fett der Welt. Es steckt in jedem zweiten Supermarktprodukt. Es ist der Schmierstoff des „Maschinenessens“ und steht für ein völlig falsches Ernährungssystem, das Symptom einer ebenso falschen Landwirtschaft ist. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Flächen der Welt wird nicht für die Lebensmittelproduktion, sondern für Biosprit und Tierfutter genutzt. Palmöl kommt vorwiegend aus Indonesien. Menschen arbeiten auf den Plantagen wie Sklaven. In unserem Film zeigen wir, dass ein Sublieferant von Unilever illegal Regenwald abgehackt hat. Der Hauptlieferant von Unilever, Wilmar International, ist seit Jahren in Landraub und Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Aber Unilever kommt damit durch, weil die Politik den Konzern nicht zur Verantwortung zwingt.“

Kathrin Hartmann sagt, dass dieser Konsum weder die Umwelt rettet, noch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen in den armen Ländern verbessert. Sklavenähnliche Arbeitsbedingungen für zig Millionen Menschen, rücksichtslose Plünderung der natürlichen Ressourcen, gigantische Müllberge, Zerstörung der natürlichen Umwelt, so sieht die Realität aus. Hartmann plädiert dafür, den Kapitalismus als Ganzes zu bekämpfen, der für diese Entwicklung verantwortlich ist. Und wie?

Zu Wort kommt der lokale Widerstand, der sich regt. Wie der peruanische Bauer Saúl Luciano Lliuya, der den Energiekonzern RWE vor einem deutschen Gericht verklagt hat.

Dieses Buch ist aus den Dreharbeiten zu Werner Bootes Film „The green lie“ („Die grüne Lüge“) entstanden. Kathrin Hartmann wirkt selbst darin mit und hat das Drehbuch mit verfasst.

Frage an KH: liegt es am Konsumenten, darauf zu achten, keine Produkte mit Palmöl zu kaufen?

KH: „Die Frage ist: Warum wird die Verantwortung auf uns abgeschoben? Warum sollen wir im Supermarkt mit einer Lupe die Inhaltsstoffe lesen? Warum ist es erlaubt, dass ein Großteil der Produkte, die in Supermärkten und Kaufhäusern zu kaufen sind, mit Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzung verbunden sind? Die Vorstellung, dass der Verbraucher bei seinem Alltags Einkauf zwischen Ausbeutung und Nicht-Ausbeutung, zwischen Zerstörung und Nicht-Zerstörung wählen soll, ist absurd. Abgesehen davon, dass man es meist gar nicht kann - dafür sorgen die vielen Labels, die Unbedenklichkeit versprechen.“

Waldwanderung in Berlin

Unsere „wissenschaftliche Waldwanderung“ am 8. April fand ein reges Mitwirken aller die mitkamen. Startpunkt war der S-Bahnhof Nikolassee.



Wir tauschten uns über neueste Erkenntnisse zum „Ökosystem Wald“ aus.

Wir fanden auch sehr schmackhafte Pflanzen wie schnittlauch- oder knoblauchartigen Bärlauch und Schönlauch. Wir hatten tolles Wetter und bewegten uns ganzkörperlich an frischer Luft.

Unterwegs unterhielten wir uns interessiert über sämtliche Einzelheiten zum Wald und alle **Zusammenhänge**, die uns dazu einfielen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten, die wir alle voneinander haben: Pflanzen – Tiere – Menschen. Sehr interessant fanden wir auch, welche Antworten die Natur auf alle vor kommenden Begebenheiten hat. Zum Beispiel **umgestürzte Bäume als Lebensraum** für kleinste Lebewesen und andere Tierarten.

Einige Mitmenschen machen gute Ansätze, die Umweltverschmutzungen zu beheben. Siehe weltweite Waldabholzung, Plastikmüll in den Weltmeeren (Meeresboden vergiftet, irritierte Wale...) usw. Doch es sind leider noch viel zu wenige, im Verhältnis zu den Verschmutzungen im großen Stile. Die Konzerne haben nur im Auge: „**Umweltschutz ist zu teuer, also alles billig verklappen**“. Es müssen noch viel mehr Menschen **organisiert dagegen kämpfen!**

Es war noch etwas früh im Jahr, wenige Insekten und gar keine tierischen Waldbewohner waren zu sehen. Viele sind auch scheu und kommen nur aus ihren Verstecken, wenn die Luft rein ist. Endpunkt unserer Waldwanderung war das **Öko-Werk am Teufelssee** mit einer von der Umweltgewerkschaft gebuchten Führung von Frau Drong. Sie erklärte und zeigte uns das **ehemalige Wasserwerk** und das heutige Naturschutzzentrum ausführlich und entspannt.

Allen Mitwanderern gefiel es so gut, dass es größere Kreise ziehen sollte. Als nächstes planen wir deshalb eine „**wissenschaftliche Stadtwanderung**“ mit mehr Teilnehmern*innen und mehr Aufteilung der Wissensgebiete in der Vorbereitung. Erlebte Erkenntnisse müssen weltweite Umsetzungen hervorbringen. Dank der Unterstützung der Umweltgewerkschaft konnten wir diesen lehrreichen Ausflug erfolgreich ausführen. Wir lernten im Öko-Werk auch: „*Hummeln sind dicke Bienen*“.

SABINE
ORTSVORSTAND
UMWELTGEWERKSCHAFT BERLIN

Die Umweltgewerkschaft wendet sich entschieden gegen die in den neuen Polizeigesetzen vorgesehenen Verschärfungen!

Vor einigen Monaten wurde bereits die Verschärfung des § 113 ff. StGB diskutiert. Es ging darum, schon die kleinste als Widerstand zu empfindende Geste gegenüber Polizeikräften mit hohen Strafen zu versehen.

Das wird jetzt konsequent weitergeführt. Angeblich geht es um Prävention, doch in Wirklichkeit geht es um viel mehr. Es erlaubt, gegen Menschen vorzugehen, die noch gar keine Straftäter sind. Was eine Straftat ist, entscheidet die Staatsmacht. Bisweilen reicht eine als Beleidigung aufgefasste Bemerkung, um Straftäter*in zu werden. Wem das zugetraut wird, kann schon in den Fokus der Sicherheitskräfte geraten.

Kernbegriff ist u.a. die „drohende Gefahr“, d.h. eine Gefahr, die möglich erscheint, ohne dass es dafür Anhaltspunkte zu geben braucht. Schon die Unterstellung der Polizei, ein Mensch könnte eine Straftat eventuell begehen, reicht aus, um diesen Menschen zu kriminalisieren.

Inhaltlich erinnern die Gesetze bzw. ihre Begründung an die Notstandsgesetze zur Inneren Sicherheit von 1968. Um die Notstandsgesetze anwenden zu können, müsste der „Notstand“ von der Bundesregierung ausdrücklich ausgerufen werden.



Foto: r.foto

13000 auf Hannovers Straße gegen des geplante NPöG

fen werden. Die neuen Polizeigesetze jedoch sind Dauerrecht, können jederzeit angewendet werden, von beliebigen Polizist*innen. Das ist ein entscheidender Unterschied zum „erklärten Notstand“.

Es werden also polizeiliche Sonderrechte eingeführt, die die Menschen nicht nur einschüchtern und von Demonstrationen fernhalten sollen, sondern gegebenenfalls auch Massenpro-

teste offen unterdrücken könnten. Aber gerade angesichts der immer bedrohlicheren Umwelt- und Klimazerstörungen sind Massenproteste und aktiver Widerstand das Gebot der Stunde. Die neuen Polizeigesetze sind somit auch eine direkte Bedrohung der Umweltbewegung!

Kein Brandschutz im Baumhaus.

Die Polizei beginnt mit der Räumung des Hambacher Forstes. Die Begründung ist skurril. So titelte die Stuttgarter Zeitung vom 14.9.2018.

Die Polizei setzt die neuen Polizeigesetze ganz im Sinne der Energiekonzerne um. Mag die Erde in der u.a. von RWE zu verantwortenden Klimazerstörung untergehen. Die Staatsgewalt geht massiv gegen die Umweltschützer*innen vor, weil deren Baumhäuser keinen Brandschutz haben!

Die Umweltgewerkschaft verurteilt aufs Schärfste die von der RWE betriebene vollständige Zerstörung des Hambacher Forstes. Die Ausweitung des Braunkohle-Tagebaus in Hambach und das Festhalten an der weiteren Verbrennung von Braunkohle ist ein Verbrechen!

Die Umweltbewegung muss ihre Proteste verstärken, um sich gegen die Macht der Konzerne mit ihrer Lobbyarbeit in den Parlamenten überhaupt noch Gehör zu verschaffen. Der Lobbyismus untergräbt die sowieso schon geringen demokratischen Möglichkeiten der Bevölkerung, die Polizeigesetze führen die „demokratische Rechtsordnung“ ad absurdum.

Diese Gesetze passen nicht zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Der Staatsapparat und seine Machtinstrumente werden immer weiter ausgebaut – gegen wen? Grundlegende demokratische Rechte werden dagegen immer weiter ausgehöhlt und abgebaut.

Wir, die Umweltgewerkschaft, rufen dazu auf, sich regional wie bundesweit an den Protesten gegen diese neuen Polizeigesetze aktiv zu beteiligen. Zehntausende waren in Bayern und NRW schon dagegen auf der Straße. Machen wir mit einer bundesweiten Protestbewegung die Durchsetzung der neuen Polizeigesetze unmöglich bzw. erzwingen wir ihre Rücknahme!

BUNDESVORSTAND DER
UMWELTGEWERKSCHAFT, 1.9.2018

„Wir-haben-es-satt!“-Demo 2019 in Berlin

Am Samstag, 19. Januar 2019 ist es wieder soweit: dann gehen wieder Tausende in der Landwirtschaft Tätige und umweltbesorgte Menschen gegen die profitorientierte Agrarindustrie zusammen auf die Straße. Auch die Umweltgewerkschaft wird sich wieder beteiligen und dazu aufrufen. Näheres folgt auf der Homepage der Umweltgewerkschaft und unter <https://www.wir-haben-es-satt.de/>



Wir brauchen einen neuen Marsch für

Freiheit der Wissenschaft wird nicht nur durch die Politik bedroht, sondern auch durch Finanzinteressen

Etwas sehr Aufregendes ereignete sich am 22. April 2017: Mehr als eine Million Menschen, unter ihnen viele Wissenschaftler, in über 450 Orten weltweit eroberten sich die Straßen. Sie protestierten gegen entstellte, von der Politik missbrauchte Wissenschaft. Sie forderten eine Wissenschaft, die auf Erkenntnissen beruht und dadurch der Öffentlichkeit dient. Die Protestierenden trugen Transparente mit sich mit Slogans wie: „Wissenschaft dient der Allgemeinheit“ oder „Die Wahrheit erforschen rettet die Welt“.

Was war geschehen? Wie kommt es, dass so viele Wissenschaftler unzufrie-

nur zu berechtigt. Die Geschichte zeigt wie Nazis oder kommunistische Regimes die Freiheit der Forschung ihren zerstörerischen Zielen opferten. Aber auch heute ist diese Verletzung der Wissenschaftsfreiheit durch Politiker weitverbreitet.

Die Freiheit der Wissenschaft wird aber von zwei Seiten bedroht. Es sind nicht nur die Politiker, die versuchen die Wissenschaft und Forschung für ihre Zwecke zu missbrauchen, sondern auch handfeste Finanzinteressen. Denn während die Bedrohung der Freiheit der Wissenschaft durch die Politik berechtigterweise häufig kritisiert wird, bleibt der Druck, der von großen Wirtschaftsunternehmen ausgeübt wird, weitgehend unberücksichtigt. Letzterer ist aber wahrscheinlich heutzutage größer - zumindest in den Industrieländern, in denen die Politiker meist nicht ausufernd in die Wissenschaft eingreifen.

Aber die Industrie tut das sehr wohl. Konzerne haben ein vitales Interesse an industriefreundlichen Aussagen der Wissenschaft. Wenn zum Beispiel ein Limo-Produzent eine Studie veröffentlicht, die belegt, dass Zucker keinen Ein-

fluss auf Übergewicht oder Fettsucht hat, glauben das weder Politiker, die Massenmedien noch die breite Öffentlichkeit. Aber wenn ein Wissenschaftler einer bedeutenden Universität dasselbe Ergebnis publiziert, erscheint es bei weitem glaubwürdiger. Letztlich entscheiden die wissenschaftlichen Ergebnisse. So tobt ein Kampf um Wissenschaft und Glaubwürdigkeit.

Hintergrund für diesen Kampf ist eine dramatische geistige Wende in den letzten 100 Jahren. Vor einem Jahrhundert war der Einfluss von Religion, Ethik und Tradition wesentlich größer auf Gesetzgebung, Wirtschaft und das Alltagsleben, als das heute der Fall ist. In dem Maße, in dem der Einfluss der traditionellen Werte, Ethik oder der Kirchen einerseits zurückwich, wuchs andererseits die Bedeutung der Wissenschaft. Wissenschaft ist weitgehend das einzige Fundament, auf das sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verständigen können. Viele Gesetze, Regelungen oder Richtlinien benötigen heute eine Begründung durch die Wissenschaft. Wir können eine säkulare Wende feststellen: Aus „im Namen Gottes“ wurde „im Namen der Wissenschaft“. Die Autorität der Wissenschaft hat gewaltig zugenommen. Im letzten Jahrhundert wuchs die Bedeutung der Wissenschaft in einem Ausmaß, das vorher in westlichen Gesellschaften undenkbar war.

Dieser Jahrhunderttrend hat den Machtkampf in das Herz der Wissenschaft getragen, in die Universitäten. Aus meiner Sicht ist dieser Kampf erst in den Anfängen. Er wird in den nächsten Jahrzehnten immer heftiger werden und sich auch auf die Schulen ausdehnen – in Form von industrienahe Unterrichtsmaterialien, die den Lehrern zur Verfügung gestellt werden. Für profitorientierte Konzerne bedeutet die Förderung von Wissenschaftlern an bedeutenden Universitäten den vielversprechendsten Weg, die eigenen Vorstellungen in die Öffentlichkeit und die Politik zu tragen.

Einige Großkonzerne haben das recht früh erkannt, eine der ersten Branchen war die Tabak-Industrie. Dort ist gut



Arena 2036

„Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsprogramm startete am 1. Juli 2013 auf dem Vaihinger Campus der Universität Stuttgart. Das Akronym ARENA steht für Active Research Environment for the Next Generation of Automobiles. 2036 ist das 150-jährige Jubiläum des Automobils.“ So der offizielle Prospekt.

Das Gebäude dazu wurde gemeinsam von der Universität und dem Land Baden-Württemberg finanziert. Es kostete die Steuerzahler 27 Millionen Euro. Warum gibt es kein Gebäude mit solchen Inhalten für den ÖPNV?

den sind? Der Stanford-Professor Robert Proctor fasste es in folgende Worte: Es gibt eine breite Wahrnehmung unter den Wissenschaftlern von Angriffen auf die Idee der Wahrheit, die der Wissenschaft heilig ist“. (Washington Post April 22, 2017).

Der Marsch der Forscher zielte auf den Missbrauch der Wissenschaft durch die Politik. Das ist eine gute Sache und

Fluss auf Übergewicht oder Fettsucht hat, glauben das weder Politiker, die Massenmedien noch die breite Öffentlichkeit. Aber wenn ein Wissenschaftler einer bedeutenden Universität dasselbe Ergebnis publiziert, erscheint es bei weitem glaubwürdiger. Letztlich entscheiden die wissenschaftlichen Ergebnisse. So tobt ein Kampf um Wissenschaft und Glaubwürdigkeit.

die Wissenschaft (March for Science)

dokumentiert, wie die Industrie die Forschung systematisch beeinflusste und verfälschte.

Die Strategie zahlte sich aus. Sie führte laut Schätzung des US-Justizministeriums von 2004 zu zusätzlichen Gewinnen von 742 Milliarden US\$.

Die Tabak-Industrie lieferte die Blaupause, wie man am besten vorgeht.

Es sind sechs gut dokumentierte Schritte, um besonders erfolgreich zu sein:

1. Suche Dir Wissenschaftler, die die Haltung der Industrie stützen.
2. Erhöhe deren Bedeutung durch großzügige Finanzierung ihrer Institute, von Kongressbesuchen, unterstütze ihre Publikationen und fördere ihre wissenschaftliche Reputation, so dass sie Meinungsführer werden.
3. Möglichst kein Wort über die Verbindungen dieser Wissenschaftler zur Industrie, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen.
4. Fälsche zur Not auch Ergebnisse. Aber das kann teuer werden, wie VW zeigt. Allerdings ist der Imageschaden im Normalfall minimal. Kunden und die Öffentlichkeit haben ein kurzes Gedächtnis.
5. Versuche mit Gegenstudien vom springenden Punkt abzulenken und Nebenaspekte zu betonen.
6. Sorge für Gegenstudien, die Konfusion erzeugen und sage, alles ist noch in der Diskussion und bedarf weiterer Forschung, bevor politische Entscheidungen über rechtliche Rahmenbedingungen getroffen werden können. Spiele auf Zeit. Man nennt das Verzögerungstaktik oder Paralyse durch Analyse.

Diese 6-Schritte-Strategie funktioniert erstaunlich gut in praktisch allen Branchen. Dadurch kann man Lobbyarbeit im Wissenschaftsbereich viel besser verstehen.



Der Diesel-Skandal ist dafür ein gutes Beispiel (Schritte 1 und 2): Eine ganze Reihe von industrienahen Forschern, deren Institute durch die Autoindustrie finanziell gut ausgestattet werden, publizieren jede Menge wissenschaftlicher Studien.

Im Februar 2018 wurde von fünf sehr industrienahen Professoren eine Studie veröffentlicht, die belegen sollte, dass die Nachrüstung älterer Dieselfahrzeuge ungeheure Kosten für die Konzerne verursachen würde. Daher sollte die Regierung

In der Studie wurden keine Interessenkonflikte erwähnt (Stufe 3). Die Dieselhersteller verwendeten in großem Umfang gefälschte Studienergebnisse (Stufe 4). Desweiteren wurden Studien herangezogen, die vom Thema Diesel ablenken sollten (Stufe 5) und Stufe 6 – auf Zeit spielen wird von Anfang an beherzigt. Der Skandal wurde 2015 aufgedeckt und bis heute ist nichts Nennenswertes passiert.

Zusammengefasst: der Diesel-Skandal zeigt also beeindruckend, wie Wissenschaft missbraucht werden kann zu Gunsten der Konzernpolitik.

Der Missbrauch von Forschung in der Pharmaindustrie ist vermutlich noch schlimmer. Ca. 90 % aller veröffentlichter Pharmaforschung ist industriefi-



Boston, Massachusetts, USA : Scientists, science advocates and community members gather in Copley Square in Boston on Feb. 19, 2017 for a Rally to Stand up for Science, a call to fight against President Trumps perceived efforts to discredit science and climate research, and to dismantle scientific institutions in the government.

keine Umrüstung per Gesetz vorschreiben, sondern auf die nächste, sauberere Generation Dieselmotoren warten.

nanziert. Doch auch in vielen anderen Branchen wird die Wissenschaft massiv missbraucht. Je mehr diese Praktiken



könnten die Universitäten gestärkt werden, wenn die Grundfinanzierung aus öffentlichen Mitteln erhöht würde. Auch könnten Industriegelder in

auf die Universitäten in Form von Drittmitteln und Sponsoring übergreifen, desto mehr verliert die wissenschaftliche Forschung an Glaubwürdigkeit und die Forschung wird zuletzt gänzlich in Frage gestellt.

Man mag einwenden, was denn daran falsch sei, wenn die Universitätsforschung durch Zusammenarbeit mit der Industrie besser ausgestattet wird. Dient das nicht auch gesamtgesellschaftlichen Zielen? Vieles könnte vielleicht nicht erforscht werden ohne diese Hilfen. Was ist also falsch an Lehrstühlen, die von der Industrie gut ausgestattet werden?

Ein Sprichwort sagt: Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Das war allerdings schon damals ein schlechter Rat für die Trojaner. Es ist reichlich naiv zu glauben, dass die Konzerne Geld geben, ohne eine Gegenleistung zu erwarten. Nicht alle Drittmittelgeber tun das aus reiner Menschenfreundlichkeit.

Bevor ich Hochschullehrer wurde, war ich sieben Jahre Investmentbanker. Wenn wir ein Unternehmen in Händen hatten, gab es danach drei Ziele: Profit, Profit und Profit. Es war schlicht undenkbar, dass ein Unternehmen einen Euro einfach so verschenkte – ohne Gegenleistungen.

Kurz: Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und der Ruf der Universitäten stehen auf dem Spiel, wenn manipulierte Studien die evidenzbasierte Forschung untergraben, um Profitinteressen zu dienen.

Was ist zu tun?

Zum einen würde mehr Transparenz helfen: Universitäten sollten lückenlos offenlegen, welche und wie viele Mittel sie aus der Industrie und von Stiftungen bekommen. Zum anderen

Fonds fließen, in denen unabhängige Manager*innen entscheiden, wo und wie die Mittel eingesetzt werden. Die Entscheidung sollte ausschließlich daran gemessen werden, in wieweit die Forschung der Allgemeinheit dient und nicht den Profiten der Konzerne, gemäß einem Slogan auf dem March for Science: Die Wahrheit erforschen – die Welt retten.

Und wir könnten einen neuen March for Science organisieren!

CHRISTIAN KREISS*

Hinweise:

* Aus dem Englischen übertragen und redaktionell bearbeitet von Mohan Ramaswamy; Originaltitel: March for Science Reloaded

Bok, Derek: Higher Education in America, Princeton 2013, (Princeton University Press)
 Chan, Margaret: Opening address at the 8th Global Conference on Health Promotion
 Helsinki, Finland, 10 June 2013 http://www.who.int/dg/speeches/2013/health_promotion_20130610/en/
 Goldacre, Ben: Battling Bad Science, Ted Talk 2011 https://www.ted.com/talks/ben_goldacre_battling_bad_science
 Gotzsche, Peter: Deadly Medicines and Organised Crime. How big Pharma has corrupted healthcare, London and New York 2013, (Radcliffe)



HAMBACHER WALD muss bleiben!

Letzte Meldung nach Redaktionsschluss:
 Das Oberverwaltungsgericht Münster verhängte gegen RWE am 5.10.2018 einen **Rodungsstopp für den Hambacher Wald**. Die RWE-Aktie verlor im Laufe des Tages 8,5 %. Der Börsenwert des Konzerns schrumpfte an einem Tag um eine Milliarde Euro.

Stoppt Braunkohle-Verstromung!





Mitgliedsantrag mit SEPA Lastschrift der Umweltgewerkschaft e.V.

Ortsgruppe
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Telefon
Email
Geburtsdatum

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ab pro Monat Euro

Mindestbeitragssätze:

Vollverdiener (ab 18 Jahre): 2,00 Euro; Sozialbeitrag: 1,00 Euro

Jugendliche (ab 16 Jahre): 1,00 Euro; Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre: 0,50 Euro

Freiwillige höhere Beitragszahlungen sind ausdrücklich erwünscht!

Zahlungsweise ☐ halbjährlich ☐ jährlich (bitte ankreuzen)

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Grundsätze und die Satzung der Umweltgewerkschaft an und erkläre mich mit der Verarbeitung meiner Daten im Rahmen der Datenschutzerklärung einverstanden. Alle Daten werden streng vertraulich behandelt und NICHT an Dritte weitergegeben.

Ort, Datum, Unterschrift

SEPA Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich die Umweltgewerkschaft e.V., die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Umweltgewerkschaft e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname (Kontoinhaber*in)

Mein Konto: IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

bei der BIC:

Hinweise: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Das SEPA-Lastschriftmandat wird erteilt für: Umweltgewerkschaft e.V., Bremer Straße 42, 10551 Berlin mit der Gläubiger-Identifikationsnummer DE78 ZZZ0 0001 9667 92.

Die Mandatsreferenz wird mit der Bestätigung der Mitgliedschaft mitgeteilt. Einziehende Bank: GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Ort, Datum, Unterschrift



Transparente aus bedrucktem Stoff, je ca. 250 x 130 cm, zwei Schlaufen seitlich, Kosten 70,- €; Bezug: UG-Büro Berlin post@ug-buero.de

Publikationen und Material für die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltgewerkschaft



Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100 % aus regenerativen Quellen erfolgen?
Zweite, erweiterte Auflage
Josef Lutz, Physiker und Professor für Leistungselektronik an der TU Chemnitz zieht den Schluss,

dass alle in Deutschland noch im Betrieb befindlichen AKWs sofort vom Netz genommen werden könnten, ohne dass die Versorgung mit Strom zusammenbrechen würde. Eine Stromversorgung nur auf der Grundlage von Erneuerbaren Energien kann in ca. 10 Jahren aufgebaut werden. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Die Broschüre behandelt die in der Fachwelt bekannten Zusammenhänge (mit Quellenangaben) und lehnt die geplanten „Stromautobahnen“ als Milliardenverschwendung ab.
62 Seiten, Einzelpreis: 3,- €, 5 Stück für 12,- €.



Müllverbrennung - die chronische Volksvergiftung
Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Preis: 5,- €
Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“

und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryorecycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.



Verkehr(t)!
Veröffentlichung: Ende Sommer 2017.
Publikation der Umweltgewerkschaft über das ökologische, wirtschaftliche, politische

und soziale Ausmaß des zeitgenössischen Verkehrsinfarkts
Preis: 2,- € Schutzgebühr



Der Traum vom mächtigen Baum
8 Umweltlieder von Pit Bäumli.
Text, Griffe und teilweise Noten, 2016, 12-Seiten Heft DIN A5, 2,- € + Porto



Programm der Umweltgewerkschaft als Broschüre
Umweltgewerkschaft e.V.
Bremer Straße 42, 10551 Berlin
Email: vorstand@ug-buvo.de
Preis: 2,- € Schutzgebühr

Bezugsquelle:
Die Broschüren sind zu bestellen bei
www.umweltgewerkschaft.org